



Minister's Handell. Man hat ihm von oben her (!!!) die Pistole auf die Brust gesetzt! Wer der „oben“ ist, wissen die Königlich preussischen Untertanen natürlich recht gut. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Rückgrat härten und ihn, wenn nicht anders, zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wie wissen nicht, wer der nächste Minister sein wird, aber wenn wir den Herrn immer weiter das Rückgrat härten, indem wir treu auf unserem Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte, dann wird sich das Blättchen doch zu unseren Gunsten werden...!

Nach der Entwidlung dieses Programms „Königlich preussischen Untertanen“, erklärte der Vorsitzende, die Beratung sei „mit diesem Punkte fertig“. — Der Minister Herr Delbrück, konnte in seinem Amt bleiben, denn die in Rede stehende Gesetzesvorlage über die Arbeiterkontrollen in der Bergwerksindustrie ist in der Hauptsache nach den in der Palast-Hotel-Besprechung entworfenen Richtlinien beschlossen worden.

Mit welchen Mitteln es die Schwerindustriellen fertig zu bringen gedachten, „wenn nicht anders“ eventuell dem zweiten, dritten, vierten und fünften ihnen nicht willfährigen Minister „zum eleganten Abgang zu verhelfen“, konnte der „Königlich preussische Herr v. Delbrück“ näher erläutern. Die Schwerindustriellen bezeichneten sich als „Königlich preussische Untertanen“, denen es wider die Haare gehe, sich mit einem Minister zu besprechen, der „Arm in Arm mit der Sozialdemokratie“ aufträte. Das war die „taktische Handhabe“ der „Königlich preussischen Untertanen“ 1909. 1917 benutzten die „Königstreuesten“ Adloniter dieselbe „taktische Handhabe“ und nahen sich dem Thron mit der „ergebenen Bitte“, einen Ministerwechsel vorzunehmen. Derselbe Faden, zum Teil sogar die selben Nummern. Adlon ist folglich keine Anormität, sondern stellt eine reguläre Station dar an dem Wege, den die Helfershelfer und die Führer der Schwerindustriellen gewohnheitsmäßig benutzen, um außerparlamentarisch das zu erreichen, was dieselben „Königlich preussischen Untertanen“, wenn es öffentlich kontrollierbar durch eine Parlamentsmehrheit verlangt wird, als eine „demokratische Bekräftigung der Adlonrechte“ beschreiben. Die Ministerstürzerei auf Hintertreppchenwegen betrachten die zentralverbändlerischen Schwerindustriellen und alldeutschen Annerkennungisten als ihr durch die Gewohnheit geheiligtes Recht. Die Einführung des parlamentarischen Systems muß also auch schon dazu erfolgen, um den gefährlichen Einfluß der im Dunkel wirkenden Kamarillen auf die Reichs- und Staatspolitik zu brechen.

## Vertagung der Konferenz der Entente-Sozialisten.

Paris, 10. März. (Frankf. Ztg.) Havas meldet: Die Verwaltungskommission der Sozialistischen Partei, die für den 15. März die Abhaltung einer Konferenz der sozialistischen Vertreter der Alliierten in Paris geplant hatte, beschloß nunmehr, diese zu vertagen. Die Vertagung soll durch die Weigerung der englischen Labour Party, an der Konferenz teilzunehmen, herbeigeführt sein.

## Der Krieg auf den Meeren. Versenkt.

Berlin, 10. März. Der italienische Dampfer Porto di Smerino (2576 Br.-Reg.-T.) sowie die italienischen Segler Venezia (290 Br.-Reg.-T.), Teresibet (212 Br.-Reg.-T.), San Vincenzo (150 Br.-Reg.-T.), Emacipita (50 Br.-Reg.-T.) sowie der griechische Dampfer Riklass (1215 Br.-Reg.-T.) wurden von unseren Unterseebooten versenkt.

Kopenhagen, 10. März. Das dänische Ministerium des Meereswesens teilte mit: Die Reederei C. A. Hansen hat von dem Kapitän Peteren, dem Führer des Dampfers Rosberg, die Mitteilung erhalten, daß der Dampfer am 8. März versenkt wurde und daß 12 Mann der Besatzung gerettet und vom Dampfer London in Rosberg in Norwegen gelandet worden sind. Sechs Mann sind ertrunken. Die Blätter sagen hinzu, daß der Dampfer mit einer Ladung von Amerika gekommen sei. Bei Erhalt der deutschen Seesperreerklärung habe der Dampfer zur Durchsichtung in einem englischen Hafen gelegen. Er sei später freigegeben worden und habe trotz der deutschen Erklärung versucht, das Sperrgebiet zu durchfahren. Er hatte 1860 Tonnen Gehalt.

### Englische Schiffverluste im Februar.

Rotterdam, 10. März. Im Monat Februar sind nach amtlichen Aufzeichnungen über 40 englische Küstenschiffen verunglückt und verloren gegangen.

### U-Boot-Wirkungen in Frankreich.

Wie das Pariser „Zeit Journal“ aus Cherbourg erzählt, wurde kürzlich verschiedentlich die Anwesenheit von deutschen U-Booten an der französischen Küste, namentlich in der Nähe der Reede von St. Vaast la Hougue gemeldet. Man bedauert in den vorliegenden Küstengebiet, daß die Küstenverteidigungsanlagen vor einigen Jahren geschleift und die Geschütze fortgeschafft wurden, wodurch die Möglichkeit eines deutschen Angriffs gegen die Nordküste von Frankreich bedeutend erhöht wird. Seit einigen Tagen wird deshalb die Küstenbewachung sehr verdichtet.

„Zeit Journal“ meldet ferner, daß eine Abordnung der Kapitäne der U-Boote bei Vriend vor sprechen wollte, aber von dessen Rabinetschef empfangen wurde. Die Abordnung brachte Vorschläge zur Vermeidung der U-Boote vor und verlangte die Bewaffnung aller Handelschiffe und die Bewachung mit größeren Kalibern, da die 47-Millimeter-Kanonen nicht die gewünschten Erfolge erzielt hätten. Ferner wird eine Erhöhung der Zahl der Patrouillenschiffe verlangt. Daraus begab sich die Abordnung zum Marineministerium, wo sie eine Besprechung mit Lacaze hatte.

Aus Amsterdam wird der „Schlesischen Zeitung“ gemeldet: Vierzig Senatoren mit Clemenceau an der Spitze haben an den Ministerpräsidenten das Ansuchen gerichtet, eine gemeinsame parlamentarische Sitzung anzuordnen, um darin Auskünfte über die Frankreich durch den neuesten U-Boot-Krieg drohende Gefahr zu geben.

## Die statistischen Manöver gegen die U-Boot-Erfolge.

Zu seiner Kriegsübersicht weist der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ darauf hin, daß die wöchentlichen statistischen Angaben der englischen Admiralität über die Ankünfte und Abfahrten von Schiffen in englischen Häfen eine unerklärliche Steigerung gegenüber den statistischen An-

## Französische Angriffe südlich der Avere, bei Proves und südlich Ripont in der Champagne sowie westlich der Maas — Fliegerkämpfe — Beute von Magharos.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 10. März 1917. (W. Z. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich der Avere griffen die Franzosen Teile unserer Gräben bei Laucourt und südlich von Crapeaumeudun an. Sie wurden im Handgemenge geworfen, 12 Gefangene blieben in unserer Hand.

Ostlich von Reims holten unsere Stoßtruppen 14 Mann aus den feindlichen Linien.

In der westlichen Champagne gingen beiderseits von Proves aus, geführt von französischen Offizieren, gegen unsere Stellungen vor. In einzelnen Stellen eingebrungene Abteilungen wurden durch Gegenstoß vertrieben.

Südlich von Ripont entspannen sich westlich der Champagne Fe, die mehrmals den Besitz wechselte, neue Kämpfe, die keine wesentliche Veränderung der Lage herbeiführten; dort wurden von uns 35 Gefangene einbehalten.

Auf dem Westufer der Maas blies am Walde von Cheppy ein französischer Vorstoß erfolglos.

Ostlich der Maas drangen unsere Sturmabteilungen in den Courrières-Wald ein und kehrten mit 6 Offizieren, 200 Mann und 2 Maschinengewehren zurück. Der Rest der französischen Grobbesatzung entzog sich der Gefangennahme durch eilige Flucht.

Nach bei Flirey, zwischen Maas und Mosel, gelang eine Sturmtrupp-Unternehmung wie beabsichtigt; dabei wurden 15 Gefangene eingebracht.

Unsere Flieger schossen 6 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballons ab; durch Abwehrfeuer wurde 1 gegnerischer Flieger zum Absturz gebracht.

Leutnant Jehr. v. Richtofen blieb zum 25. Male Sieger im Luftkampf.

gaben für dieselbe Zeit im Jahre 1915 aufweisen. Vor zwei Jahren seien allerdings nur die Schiffe über 300 Tonnen, womit wahrscheinlich Bruttotonnen gemeint waren, gemeldet worden, während man jetzt bis zu Schiffen von 100 Tonnen Nettoinhalt herabgehe. Aber es sei doch nicht anzunehmen, daß zwei Drittel der ein- und ausfahrenden Schiffe 100 bis 300 Tonnen Rauminhalt haben, so daß der auffällige Unterschied dadurch nicht erklärt werde.

Außerdem seien in den letzten Angaben die Küstenfahrer nicht einbezogen. Die Erklärung für diese merkwürdige Erscheinung sei vielleicht darin zu suchen, daß in den Mitteilungen über die Schiffsfahrtsbewegungen im Februar und März 1915 Schiffe, die zu militärischen Zwecken benutzt wurden, nicht berücksichtigt worden seien. Dies sei jetzt vielleicht wohl der Fall. Nebenfalls hätten die statistischen Angaben kein verlässliches Material. Selbst wenn die mitgeteilten Zahlen richtig seien, habe man nichts davon, da man nicht wisse, wie sie gewöhnt seien.

## Englischer Transportdampfer gesunken.

Amsterdam, 10. März. Nach Berichten aus London teilte das House gestern im südafrikanischen Parlament mit, daß der Transportdampfer Rendi (4230 Tonnen), der die letzte Gruppe südafrikanischer Arbeiter nach Frankreich bringen sollte, am 21. Februar auf dem Wege von England nach Le Havre im Nebel auf ein anderes Fahrzeug aufgelaufen ist und innerhalb 25 Minuten sank. 10 Europäer und 615 Eingeborene sind ertrunken; 12 Europäer und 191 Eingeborene konnten gerettet werden.

### Sindoro und Beuleldyht.

Amsterdam, 9. März. Ein fliegender Prehdureau meldet: Der Verlust der Schiffe Sindoro und Beuleldyht ist ein großer Schaden für die Versicherungsgesellschaften, weniger wegen der Schiffe an sich, als vielmehr wegen der Ladung selbst. Während die Ladung der Beuleldyht für die holländische Lebensmittelversorgung äußerst wichtig ist, stellt die der Sindoro einen ungeheuren Wert an indischen Produkten dar. Ein großer Teil derselben besteht nämlich aus Tabak, dessen Wert dadurch, daß einige Räume unter Wasser stehen, ungeheuer gesunken ist. Der Verlust ist mindestens 30 bis 40 Proz. für die Versicherungsgesellschaft zu schätzen.

### Verstärkter Rückgang der englischen Einfuhr.

Bern, 10. März. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Haag: Infolge des verstärkten Lauchbootkrieges blieb im Februar ungefähr ein Drittel der englischen Einfuhr aus.

### Die Kriegsverversicherung der Seeleute.

Christianfund, 9. März. Der norwegische Reedereibund erwägt seit längerer Zeit eine Abänderung der gegenwärtigen Regeln der Kriegsverversicherung für Seeleute. „Aftenposten“ zufolge ist die Frage gestern im Zentralauschuß des Reedereiverbandes behandelt worden. Man beschloß, den Staatsbehörden die Erhöhung des festen Entschädigungsbetrages an die Hinterbliebenen von im Kriege verunglückten Seeleuten von fünf-tausend auf zehntausend Kronen vorzuschlagen bei im übrigen unveränderten Personalsätzen. Die Änderungen sollen vom 1. Februar 1917 ab gelten.

Frederik VIII. Das dänische Ministerium des Meereswesens hat die Nachricht erhalten, daß der von Amerika kommende Dampfer Frederik VIII. infolge Schauersturmes heute früh zwei Uhr vor Christianland vor Anker gegangen sei. Eine weitere Nachricht besagt, daß der Schauer Sturm andauere, sei ein Anlaufen von Christianland unmöglich, der Dampfer lege die Fahrt direkt nach Kristiania an.

Nur eine Mine englischen Ursprungs wurde im letzten Monat an der niederländischen Küste angefaßt.

## Tigris und Persien.

Konstantinopel, 9. März. Amtlicher Heeresbericht vom 9. März. Tigrisfront. Eine schwache feindliche Kavallerieabteilung, die sich unserem linken Flügel zu nähern beabsichtigte, wurde mit schweren Verlusten für sie zurückgeworfen. Wir erbeuteten dabei ein Maschinengewehr. An Bord eines feindlichen Kanonenbootes wurde durch unsere schwere Artillerie ein Brand hervorgerufen. Kein bemerkenswertes Ereignis auf den übrigen Fronten. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine Kampfhandlungen von Belang. Die Zahl der bei Erklärung des Magharos gemachten Gefangenen erhöhte sich auf 13 Offiziere, 991 Mann, die Beute auf 17 Maschinengewehre und 5 Minenwerfer.

### Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

### Abendbericht.

Amlich. Berlin, 10. März. Abends.

Bei dunstigem Wetter im Amora-Gebiet vorfeldgefechte, in der Champagne abends auflebende Gefechtsstätigkeit.

Im Osten nichts Besonderes.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 10. März 1917. (W. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei dem vorgestrigen Angriff auf die Höhe Magharos wurden 13 Offiziere und 991 Mann gefangen genommen. Die Beute beträgt 17 Maschinengewehre, 5 Minenwerfer, 1 Granatwerfer und viel Munition und Kriegsgewehr. Besuche des Gegners, die verlorene Stellung zurückzugewinnen, scheiterten in unserem Sperrfeuer.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Gefechtskämpfe und Fliegerstätigkeit waren im allgemeinen wieder lebhafter. Bei Görz wurde ein Caproni, der nächst St. Andrea niederging, von unserer Artillerie zertrümmert.

Auf der Cima di Basaja (südlich des San Valagrino-Tales) drangen Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 74 durch Schneetunnel in die feindlichen Stellungen ein und machten einen Offizier und 30 Mann zu Gefangenen.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Saraj Goplanet; sonst unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Konstantinopel, 9. März. (Weldung der Agentur Milli.) Samadan ist nicht, wie die Russen behaupten, durch einen Angriff genommen worden. Die Stadt ist ohne Kampf geräumt worden, infolge gewisser militärischer Maßnahmen, die wir im Innern Versteck getroffen haben, ohne daß der Feind es bemerkte. Dies geschah sogar einige Tage bevor der russische Bericht die Besetzung meldete. Unter diesen Umständen sind unsere Truppen keineswegs verfolgt worden, und die Behauptung der Petersburger Telegraphenagentur, nach der die Russen die Küsten verfolgt und in die Flucht geschlagen hätten, entbehrt jeder Begründung.

## Neue Debatte über Irland.

London, 10. März. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ meldet, daß die irischen Nationalisten am Montag wieder im Unterhause erscheinen werden. Redmond wird an die Regierung das Ersuchen richten, baldmöglichst einen Tag für die Besprechung des irischen Staats festzusetzen, wobei namentlich das Gehalt des Sekretärs für Irland bestimmt werden wird. Es handelt sich hier um ein formelles Mittel, um den neuen die Debatte über Irland in Gang zu bringen.

### Amerika soll Belgien befreien.

Rotterdam, 10. März. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zitiert aus einer Rede von Lord Northcliff, wenn es zum Kriege zwischen Amerika und Deutschland käme, so wäre es wünschenswert, wenn die Amerikaner einen bestimmten Teil der Kriegführung übernahmen, beispielsweise die Befreiung von Belgien. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bemerkt dazu, das ist eine sonderbare Äußerung von Lord Northcliff. Gerade um Belgien zu befreien und aus keinem anderen Grunde hat England Deutschland den Krieg erklärt, und jetzt sollen die Amerikaner es tun.

## Die Ministerkrise in China.

Basel, 10. März. („Zeff. Ztg.“) Die Reuter-Agentur vernimmt aus guter Quelle, der chinesische Premierminister habe seine Demission zurückgezogen.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Strafgefangene und Verteidigungsdiener. Die französische Kammer hat eine Vorlage betreffend die Einstellung von Strafgefangenen in die Einheiten der Kämpfer und ihre Verwendung zu Verteidigungsarbeiten angenommen.

Die Wehrpflicht der Engländer in Indien. In Indien ist der Befehl erlassen, wonach alle europäischen Engländer in Englisch-Indien zwischen 18 und 50 Jahren dienstpflichtig sind, Geseh geworden.

Ein russischer General verhaftet. Der mit der Kontrolle der Vorgesandenen des Poleschberger Militärgeschäfts beauftragte General Braschewsky wurde verhaftet. Die Beschuldigungen gegen ihn lauten auf Urkundenfälschung und Unterschlagung öffentlicher Gelder in Höhe von 390 000 Rubel.

In Santiago de Cuba wurden, wie Reuter meldet, 400 amerikanische Marinesoldaten ausgeführt. — Nach einer Wabdrück Meldung der Wiener Blätter soll auf Cuba ein Komplott gegen das Leben des Präsidenten Menocal aufgedeckt worden sein, der auf dem Wege von Havana nach St. Chico überfallen werden sollte. Die revolutionären Blätter „Gerald“, „Racion“ und „Trionfo“ wurden unterdrückt und mehrere Redakteure verhaftet.

## Ernährungsausschuß des Reichstags.

### Schlachtviehpreise.

Der Ausschuß setzte in der Sitzung am Sonnabend seine Beratung über die Herabsetzung der Schlachtviehpreise fort.

Abg. Stubbe (Sag.) wies darauf hin, daß, wenn wir die Volksernährung sichern wollen, der Viehbestand reduziert werden müsse. Die Futtermittelknappheit wird weiter verschärft durch die höhere Ausnutzung des Weizengetreides, wodurch große Mengen Acker für Viehhaltung entzogen werden. Die Lage ist schlimmer als bei großen Missernten, wo die Landwirte freiwillig ihren Viehbestand reduzieren müssen. Wenn auch eine Anzahl Arbeiter in der Kriegsindustrie gute Löhne erhalten, so reicht bei dem größten Teil der Arbeiter der Verdienst bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht zum Unterhalt aus. Dieses trifft besonders auch zu bei den Kriegesfamilien, kleinen Geschäftleuten und Handwerfern, deren Einkommen so gering ist, daß sie vielfach Fleisch nicht kaufen können. Die Zahl der Sterbefälle ist fortwährend im Steigen. Auch eine Herabsetzung der Handelspreise ist dringend notwendig und die Prohibition an die Viehhändlerverbände muß erniedrigt werden.

Nächsten Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Wahlhilfe in Spandau-Osthavelland.

Am Mittwoch, den 14. März, ist in Spandau-Osthavelland die Reichstagswahl. Hilfskräfte werden dringend gebraucht.

Wer sich am Wahltag zur Verfügung stellen kann, möge sich melden durch Postkarte oder telephonisch:

- Ami Morinplatz 151 90-97
147 14
148 38
18 63

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.

J. A.: Otto Wels, Lindenstr. 3.

Parteigenossen Groß-Berlins!

Wir ersuchen dringend: meldet Euch angejämmt; sorgt in Eurem Wirkungskreise für kräftige Mitarbeit am Wahlkampf.

Die sozialdemokratische Parteiorganisation Groß-Berlins.

J. A.: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Aus Groß-Berlin.

Die Große Berliner Straßenbahn.

Wie bereits mitgeteilt, wird die Große Berliner Straßenbahn für 1918 nur 4 Proz. Dividende gegen 6 Proz. in den beiden vorangehenden Jahren und 8 Proz. im Frieden zahlen. Zwar ist der Gewinn von 43,3 auf 49,4 Mill. Mark gestiegen, während sich die Gesamtausgaben nur von 36,2 auf 39,9 Mill. Mark erhöht haben.

Zu dem Geschäftsbericht wird gesagt, daß die Straßenbahn einem Verkehrsansturm standhalten konnte, wie noch in keinem früheren Jahre. Auf das Ergebnis haben aber steigende Materialpreise, die Erhöhung der Löhne und die übermäßige raubbauähnliche Umnutzung der Gleisanlagen und Wagen infolgedessen schädlich eingewirkt, als verhärtete Rückstellungen für die Erneuerungen notwendig geworden seien.

Es ist möglich, daß die Große Berliner Straßenbahn einigen mageren Jahren entginge. Aber dieses Risiko trägt jedes gewerbliche Unternehmen. Für das Publikum besteht kein Anlaß, dieses Risiko der Bahn durch Zahlung höherer Preise abzunehmen.

Der Geschäftsbericht sagt von dem Personal Lobend, daß die eingearbeiteten Beamten bei der Bewältigung der Betriebsschwierigkeiten ihr Bestes bergaben. Auch das neue Personal habe sich redlich bemüht, es ihnen gleich zu tun.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Sapozhka.

Nach vielen Hin- und Herstreiten wurde der Protest schließlich niedergeschrieben und mit gedämpfter Stimme gelesen. Zanka lavierte jetzt unaufhörlich zwischen der Küche und dem Salon. Einmal, als sie ein Lezbrett mit Flaschen hereingebracht hatte und wieder in die Küche gehen wollte, bemerkte sie, wie Zuzia von der Portiere der Salontür davoneilte.

Das war im Städtchen Sitta. Tagejew erkundigte sich ganz offen, wo Gäste empfangen wurden. Je reichlicher der Empfang war, um so größer fiel unter irgend einem Vorwand der auferlegte Tribut aus.

„Die Herrschaften amüsieren sich!“ sagte Tagejew lachend. „Sie müssen also viel Geld haben... sollen sie mir die Hälfte abgeben!“

Man erhob sich von den Stühlen. Der Zweck der Versammlung war erreicht. Aber eine Unruhe bemächtigte sich aller. Jemandem schien den Protest ab, denn die meisten waren der Ansicht, daß die Unterschriften sofort gesammelt werden sollten.

„Aber ich bitte Sie, ich habe Hunger.“ trällerte die eine. „Ich friere.“ sagte die andere. Tagejew machte eine elegante Bewegung. „Wir gehen schon! Aber Sie sehen, meine Damen, das sind geschäftliche Angelegenheiten.“

Die Stimmen wurden immer lauter. Vergeblich mahnte Joroti zur Vorsicht, indem er die Erregung zu beschwichtigen suchte. Selbst die Feigen wurden müde und begannen zu schimpfen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der ungewöhnlich starke Frost der vergangenen Woche, dem fast überall starke Schneefälle gefolgt sind, hat die Kartoffelkultur von neuem wieder ins Stocken gebracht, so daß auch für die kommende Woche denjenigen Kartoffelkulturbesitzern, die 3 Pfd. Kartoffeln nicht zu erhalten vermögen, vom Donnerstag, den 15. März an Ersatz in 800 Gramm Brot in Aussicht gestellt werden mußte.

In Kahlleben werden in der kommenden Woche wieder 4 Pfund ausgegeben.

Zur Kleinhausiedlungsfrage.

Die wichtigste Angelegenheit, die auf der Tagesordnung der am morgigen Montag im Berliner Rathaus stattfindenden Verbandssitzung des Verbandes Groß-Berlin steht, ist die vom Verbandsdirektor unterbreitete Vorlage über die bauliche Erschließung sozialer Randereien. Wie wir hören, dürfte die Vorlage zu einer erneuten Erörterung der bedeutungsvollen Frage der Errichtung von Kleinhausiedlungen großen Anlaß geben.

Der Magistrat Berlin hat dem Abgeordnetenhaus eine Billigkeit überhandt wegen des verfassungsmäßigen Erlasses eines Gesetzes über die Einwirkung der Armenunterstützung auf das Wahlrecht.

Die Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugscheine müssen in Berlin, wie wir kürzlich wieder an dem Beispiel der Stelle in der Zellestraße zeigten, weiter vermehrt werden. Einweisen ist für einige Ausfertigungsstellen: eine am 19. März in Kraft treten soll. Es werden überwiesen von der 6. Stelle (Rieselerstr. 20) die Stadtbezirke 94, 95, 96, 97, 189 an die 7. Stelle (Andreasstr. 12) und der Stadtbezirk 142 an die 1. Stelle (Klosterstr. 47-50, Stadthaus), von der 21. Stelle (Zugunbagenstr. 6a) die Stadtbezirke 301a, 291c, 292a, 292b, 294a an die 20. Stelle (Zwinglstr. 2), von der 24. Stelle (Rathenower Straße 54) die Stadtbezirke 305 und 306 an die 82. Stelle (Böhlertstr. 3). Beachtenswert ist ferner, in der Frankfurter Allee, nahe der Borsigener Straße, eine neue Ausfertigungsstelle einzurichten, die zur Entlastung der stark überlasteten Stelle in der Zellestraße beitragen würde.

Die allgemeine freiwilligen Impfungen werden vom Montag, den 12. März, ab statt im Krankenhaus am Lirhen in der Volkshausstraße 64, statt im Krankenhaus im Friedrichshagen in der Gemeindefabrik 50, Diefelmeyerstr. 5, statt im Rudolf-Virchow-Krankenhaus in der Gemeindefabrik 300, Pfander Str. 30 (Turnhalle) und statt im Krankenhaus Roabit in der Badeanstalt in der Turnstr. 8a täglich von 5-8 Uhr nachmittags vorgenommen werden. Außer diesen Impfterminen haben für Schüler in den einzelnen Schulen besondere statt, so daß diese zu den oben erwähnten Terminen nicht mehr zu senden sind.

Sammlung alter Konservendbüchsen. Amlich wird ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen, alte Konservendbüchsen aus Weichblech, die bekanntlich das sehr für Heereszwecke so notwendige Zinn enthalten, sorgfältig zu sammeln. Für die abgelieferten Mengen wird eine Entschädigung bezahlt. — Auch Bleichen und Eisenabfälle sind zu sammeln und an die dem Kriegsmarine angegliederte Eisenzentrale, Abteilung Schrott, Berlin, Königgrüßer Str. 97, abzuliefern.

Spätverkehr der Straßenbahn. Zur besseren Bedienung des Verkehrs bei Entreffen der letzten Züge im Görlitzer Bahnhof verkehrt vom 11. März ab an Sonn- und Feiertagen Punkt 11 bis 11.45 abends ab Görlitzer Bahnhof alle 7 1/2 Minuten; auf Linie 91 wird für den Verkehr nach dem Westen der Betrieb ab Görlitzer Bahnhof bis 12.10 nachts ausgedehnt.

Ein furchtbares Gedränge, dem ein altes Fräulein und vier Kinder zum Opfer fielen, ereignete sich am Freitagabend in der Schmedter Straße 70. Hier wohnte ein Kaufmann Wilhelm Wobring mit seiner Frau und vier Kindern. Der sieben Jahre alten Zwillingen Hans und Margarete, der sechsjährigen Karoline und dem erst ein Jahr alten Wilhelm. Wobring stand als Soldat in Döberitz, wurde aber beurlaubt und ist in Berlin beschäftigt. Seine Frau verfiel den Tag über in der Putzener Straße eine Aufwachen. Die Aufsicht über die Kinder führte in ihrer Abwesenheit ein 65 Jahre altes Fräulein Auguste Kottke aus der Wilowsirstraße 12. Freitagabend blieb Frau Wobring länger als sonst in der Putzener Straße. Die drei älteren Kinder wurden noch auf der Straße gesehen, wo sie sich noch beim Schneeflocken vergnügten. Mit Eintritt der Dunkelheit sind sie dann wohl zum Abendbrot nach der Wohnung gegangen. Gegen 9 Uhr kam Wobring nach Hause, klingelte, erhielt aber keine Antwort. Als er nun selbst öffnete, spürte er einen starken Gasgeruch. Nichts Gutes ahnend, eilte er sofort nach dem Küchenfenster, um es zu öffnen. Auf dem Wege dorthin stolperte er über seine Kinder, die am Boden lagen. Er schlug Alarm, eilte nach dem nächsten Meldeapparat und rief die Feuerwehr. Diese erschien bald mit dem Sauerstoffapparat, und auch Berate waren nach kurzer Zeit zur Stelle. Fräulein Kottke und die Kinder lagen alle regungslos um den Tisch herum, an dem sie das Abendbrot eingenommen hatten. Eines der Mädchen hatte noch eine Stulle in der Hand. Man bemühte sich lange Zeit, die Unglücklichen ins Leben zurückzurufen. Alle Versuche blieben jedoch erfolglos. Die Mutter, die noch auf ihrer Stelle in der Putzener Straße war und dort benachrichtigt wurde, versiel in Herzkämpfe und konnte nur mit Mühe nach ihrer Wohnung gebracht werden. Da das Unglück entstanden ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Wahrscheinlich hat das alte Fräulein mit dem Kleinkind an der Gaslampe nicht beachtet. Wie fünf Personen sind unter der Einwirkung des ausströmenden Gases langsam betäubt worden und eingeschlafen, um nicht wieder zu erwachen.

Eine eigenartige Explosion hat sich Freitagvormittag im Hause Nr. 11, Moabit 62/63 zugezogen. Wo sich im vierten Stockwerk eine Seifenfabrik befindet. Da der Fabrikant des Hauses beschäftigt und außer Betrieb gesetzt war, mußten die Arbeiterinnen die zu Paletten zusammengeordneten Waren die die Treppen hinauf auf den Hof tragen, wo sie zum Transport nach den Verkaufsstellen verladen werden sollten. Am Freitagvormittag gegen 9 Uhr kam nun eines der Mädchen auf der Treppe zu Fall, so daß die Palette, die es trug, zur Erde fiel. Dabei ereignete sich eine ziemlich heftige Explosion. Die Paletten wurden auseinandergerissen, die Holzbohlen und das Treppengeländer beschädigt. Die Arbeiterinnen, die sich in der Nähe befanden und das Mädchen selbst kamen sämtlich mit unbedeutenden Verletzungen davon. Die Feuerwehre konnte den Brand leicht löschen. Die Explosion ist wohl darauf zurückzuführen, daß in dem Seifenfabrikpulver sich Sauerstoffsubstanzen befanden.

Palast-Theater am Zoo. Auch heute, Sonntag, wird in beiden Vorstellungen die heitere Revue in 5 Akten „Berlin im Krieg“ zur Aufführung gelangen. Die bekannten Jitzl-Figuren „Gadding“ und „Kork“ werden von Robert Steidl und Otto Reutter dargestellt. — Nachmittags 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein Kind frei!

Admiralpalast. Nur noch wenige Vorstellungen des gegenwärtigen Programms werden gegeben, da schon in wenigen Tagen die Premiere des neuen Balletts stattfindet. Heute Sonntag in beiden Vorstellungen „Frau Fantasie“ und das Schlitzschuhballett aus der Ober „Der Prophet“.

„Ja, ja, mag er nur kommen!“ Man näherte sich jetzt der Reihe nach dem Tisch, auf dem der Protest lag, um die Unterschriften darunter zu setzen. Gorski packte auf, daß keiner ausgelassen. Aber der Eifer war so groß, daß die Leute sich förmlich an den Tisch drängten.

Endlich hatten alle unterschrieben, doch gingen sie noch nicht auseinander. Hier in diesem behaglichen Salon fühlten sie sich sicherer, ihre Phantasie war beflügelt. Sie sahen sich im Geiste schon als Sieger über denjenigen, der so lange über sie triumphiert hatte.

Als sie endlich zum Aufbruch rüsteten, wiederholten sie ihre Drohungen, indem sie mit geballten Fäusten auf den Marktplatz zeigten. Aber auf der Straße nahm die Wirklichkeit sie wieder gefangen.

Sie stiegen auf Semipudow und Bluskin, die ihnen ganz ungeniert ins Gesicht blähten. Diese schweigende Kontrolle, die Uniformen, die Tagejewischen Söldlinge genügten, doch die Lippe des Stadtkommanden sich wieder drohend über ihnen ausbreitete und ihnen unbefugbar ersahen.

Selbst jener Protest, den sie bei Gorski zurückgelassen hatten, erschien ihnen nichtsagend im Vergleich zu dem Verhängnis, das über ihnen schwebte. Unsicher, wie nach einer verbotenen Tat, zogen sie an den strengblickenden Polizisten vorbei.

Auf dem Marktplatz blieben sie stehen, um sich voneinander zu verabschieden. Schweigend reichten sie sich die Hände. Nur manche ließen absichtlich eine scherzhafte Bemerkung fallen, die auf die lustige Stimmung in Gorskis Hause hinweisen und die Polizei irreführen sollte.

Plötzlich ließen sich in der Nebenstraße Stimmen vernehmen. Es wurde russisch gesprochen. Deutlich hörte man eine tiefe Männerstimme heraus.

Die auf dem Marktplatz stehende Gruppe sprengte plötzlich auseinander, jedoch nicht schnell genug, um von den aus der Seitenstraße Kommenden unbemerkt zu werden.

In demselben Augenblick nahmen die beiden Polizisten stramme Haltung an und salutierten. Angst und Schauer schien daherzuweichen. Zwischen zwei Frauen in langen Abendmänteln mit weißen Angorapelskragen kam Tagejew daher.

Sein Uniformmantel umspannte eng seinen aufgeschwemmten Leib, doch bemühte er sich, Haltung zu zeigen; es war deutlich sichtbar, daß er sich um die Gunst einer der Damen bemühte.

„Ach, Sie sind ja ein Frechdachs.“ plapperte eine von ihnen lachend, „das ist ja furchtbar... lassen Sie das doch!“ In Wirklichkeit schien sie dem Polizeimeister seine Freiheit nicht übel zu nehmen, im Gegenteil, sie kokettierte freizig mit ihren Reimen, unter der vorstehenden Stirn der typischen Russin herborleuchtenden Augen.

Tagejew wollte etwas sagen, als er die aneinandersprechende Gruppe der Bürger bemerkte. Er blähte scharf hin, als wollte er die Finsternis durchbohren. Die Polizisten standen stramm. Tagejew, der mit seinen Begleiterinnen auf Semipudow Hotel zuzug, hielt vor den Polizisten an und winkte Semipudow her.

„Woher sind sie gekommen?“ fragte er mit gedämpfter Stimme.

„Von Gorski!“

„Ach, richtig, er hatte ja heute Gäste!“

Er erinnerte sich, daß Gorski heute selbst in der Kanzlei gewesen war und Markonski gemeldet hatte, daß er eine Whistpartie bei sich haben würde.

„So viele!“ dachte er.

„Wer war denn da?“ fragte er den Polizisten.

Dieser begann die Namen zu nennen.

Tagejews Antlitz wurde immer düsterer.

„Lauter Kaufleute!“ sagte er, „das ist verdächtig.“

Er wandte sich rasch zu Semipudow:

„Sucht Jossels auf und bring ihn nach dem Restaurant ins Séparé. Ich werde dort sein!“

Die Damen mit den Angorapelskragen wurden ungeduldig.

„Aber ich bitte Sie, ich habe Hunger.“ trällerte die eine.

„Ich friere.“ sagte die andere.

Tagejew machte eine elegante Bewegung.

„Wir gehen schon! Aber Sie sehen, meine Damen, das sind geschäftliche Angelegenheiten.“

Sie betraten den hellbeleuchteten Flur des Restaurants.

Auf dem Särmel schlummerte Prochowski.

Als Tagejew mit den Damen eintrat, tat Prochowski, als bemerke er dieses geräuschvolle Eindringen nicht. Er schloß die Augen und drückte sich an die Wand.

(Fortf. folgt.)

# Aus den Gemeinden.

**Lebensmittelverteilung in Charlottenburg.** In der Woche vom 12. bis 18. März gelangen 250 Gramm Fleisch zur Verteilung. Kartoffeln werden 3 Pfund verausgabt oder, falls solche nicht erhältlich, als Ersatz 600 Gramm Gebäck. Auf Abschnitt 47 erhält man 1/2 Pfund Zucker, auf Abschnitt 48 4 Pfund Rohkrüben und auf Abschnitt 49 vom 15. bis 24. März 1/2 Pfund Weizen Grieß. Einen Wüchling oder sonstige Käuherwaren im Gewichte von 100 Gramm gibt es auf Abschnitt 50 vom 10. März ab und 200 Gramm Mehl vom 12. bis 18. März auf Abschnitt 51. Auch die Haushaltsgeldbesitzer bieten in den nächsten 14 Tagen den Charlottenburger Einwohnern einige besonders Gutes, und zwar wird man auf Abschnitt D der Kleinen Bezugsmarken in der Zeit bis zum 24. März 100 Gramm Hafermehl und 125 Gramm Bouillonextrakt entnehmen können; auf die großen Bezugsmarken in derselben Zeit 150 Gramm Hafermehl und 250 Gramm Bouillonextrakt, beides soweit Voranmeldung erfolgt ist. Schließlich gibt es auf Abschnitt 15 der Eierliste vom 24. Februar bis 15. März 1 Ei.

**Brost und Mehl an Stelle von Kartoffeln in Neukölln.** Der Magistrat teilt mit, daß er auch in der kommenden Woche wegen gänzlich fehlender Zufuhr nicht in der Lage ist, Kartoffeln an die Bevölkerung auszugeben. Es werden deshalb genau wie in der Vormoche vom Mittwoch, den 14. März ab auf die sechs schraffierten Abschnitte der Kartoffelliste je 100 Gramm Gebäck und auf die vier nicht schraffierten Abschnitte insgesamt 200 Gramm Mehl ausgegeben. Die vier nicht schraffierten Abschnitte 46d und 46e bezeichnen nur zusammenhängend zur Entnahme von Mehl, während auf jeden der sechs schraffierten Abschnitte 100 Gramm Gebäck einzeln abgegeben werden dürfen. Außerdem werden noch 4 Pfund Rohkrüben abgegeben. Diejenigen Personen, die im Wege der Hausbelieferung mit Kartoffeln versorgt sind, können 3 Pfund von ihrem Vorrat verbrauchen.

**Schulfschluß in den Vorklassikern.** Infolge Kohlenmangel sehen sich die Magistrats von Neukölln und Wilmersdorf veranlaßt, vom Montag, den 12. ab die Schulen zu schließen. Die Kinder werden nur an bestimmten Tagen nach den Schulen berufen, um Hausaufgaben entgegenzunehmen.

**Anträge für die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.** Die sozialdemokratische Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hat für die nächste Sitzung einen Antrag eingebracht, worin der Magistrat ersucht wird, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken und alle möglichen Schritte zur Ernährungsfrage selbst zu unternehmen, um die Lebensmittel in Schöneberg reichlicher als bisher verteilen zu können. Andernfalls müssen die städtischen Körperkassen die Verantwortung für alle sich ergebenden Folgen ablehnen. Ferner soll der Magistrat alle Vorkehrungen treffen, um Frühlings- und Kartoffeln selbst zu erzeugen. — Die freie Fraktion beantragt, den Magistrat zu ersuchen, recht bald der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten, daß von den Hausbesitzern in Schöneberg, die ein jährliches Einkommen von unter 4000 M. versteuern, auf deren Erträgen die Bewilligung von Mietbeihilfen nicht mehr von einem Mietnachschuß abhängig gemacht wird, und daß die von den in Frage kommenden Hausbesitzern bisher übernommenen Mietnachschüsse spätestens vom 1. April d. J. ab von der Stadt übernommen werden sollen.

**Aluminiumanmeldung in Schöneberg.** Der Magistrat hat Ausführungsanordnungen zu der Verordnung über die Beschlagnahme der Aluminiumgegenstände erlassen. Die Meldung muß danach in Schöneberg von heute bis zum 20. März erfolgen. Die Meldedokumente werden im Rathaus und auf den Vorkommissionen ausgegeben und sind dort wieder einzuliefern.

**Lebensmittelverkauf in Reinickendorf.** In den amtlichen Lebensmittelverkaufsstellen werden von Montag ab verkauft: Rohmehl (ein ganzer Hering) 70 Pf., Scholle in Gelee (4-Pfund-Dose) 14,50 M., Dorsch in Butter (1-Pfund-Dose) 5,50 M., Makrelen in Bouillon (1-Kilogramm-Dose) 7,40 M., Dorschardinen (900-Gramm-Dose) 17 M., Rindfleisch (mariniert) pro Pfund 1,30 M., Rindfleisch in Gelee (1-Liter-Dose) 8 M., Niesmuscheln (ausgeschält und in Salz konserviert) pro Pfund 1,40 M., Wirsungen zu Kartoffelsuppe pro 50 Gramm 8 Pf., desgl. zu Erbsensuppe 9 Pf., Bouillonwürfel 3 Stück 10 Pf.

Die Abgabe der Waren erfolgt gegen Vorzeigung der blauen Ausweisarte, der Suppenmischungen gegen Abstempelung des Feldes 7 der Karte und in Mengen von 50 Gramm pro Haushaltsmitglied.

**Schulimpfung in Weihensee.** Einwohner, die sich einer Schutzimpfung unterziehen wollen, soll in nächster Woche an den noch bekanntzumachenden Tagen dazu Gelegenheit geboten werden. Die Impfung ist unentgeltlich. Vorherige schriftliche Anmeldungen haben bis zum Montag bei dem Polizeikommissar, Albertinenstr. 6, stattzufinden.

**Lebensmittelanträge aus Weihensee.** In der laufenden Woche gelangen 3 Pfund Kartoffeln und 4 Pfund Rohkrüben auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Auf jede Brotkarte wird 1/2 Pf. Graupen verabfolgt. Außerdem können die Inhaber der Brotkarten 55 001—79 600 je 1/2 Pf. Kunsthonig und Inhaber der Brotkarten 79 601—100 000 je 1/2 Pf. Speisefrücht entnehmen. Außer dem noch vorhandenen Müppfisch und Stockfisch gelangt ein Polster Pfefferkuchen (Hummertkuchen) zum Verkauf. Auf jede Brotkarte wird, soweit der Vorrat reicht, 1/2 Pf. zum Preise von 1,10 M. verabfolgt.

**Alt-Steinbeil will bei 160 Proz. bleiben.** Die verschiedenen Sonderausfälle der Gemeindeverwaltung haben die Beratungen zum Haushaltsvoranschlag zu Ende geführt. Es sollen die gleichen Steuersätze wie bisher, u. a. 160 v. H. Gemeinde-Einkommensteuerzuschlag, beibehalten werden.

**Gemeindevertragsprüfung in Rawow.** Um eine Verabfolgung des nach der Kolonie Dohem führenden Weges zu ermöglichen und baufähiges Gelände zu schaffen, will die Gemeinde mehrere Geländestücke abtreten, wofür sie mit einigen Parzellen entschädigt werden soll. Der Kaufvertrag des in Frage kommenden Geländes wurde zugestimmt. — Von der Firma Vitich ist der Gemeinde eine Schenkung von 1000 M. für die Adolf-Vitich-Stiftung angeboten worden. Die Gemeindevertretung stimmte der Annahme der Summe, die der Firma aus einem zu ihren Gunsten entschiedenen Rechtsstreit mit der Gemeinde zugesprochen war, ohne weiteres zu. — Beschlossen wurde die Errichtung einer Darlehnskasse, aus der hauptsächlich in Bedrängnis geratene Antragsteller des selbständigen Mittelstandes Hilfe erhalten sollen und zwar bis zum Höchstbetrage von 2000 M. Die Verzinsung dieser Darlehen soll in der Regel nicht mehr als 4 Proz. betragen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die am kommenden Mittwoch, 13. März, in Groß-Berlin stattfindenden Parteiveranstaltungen (Zahlende und Versammlungen) werden wegen Raummangels erst in der Dienstagfrüh erscheinenden Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

**Lichtenberg.** Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr im Restaurant zum Prälatten, Eitelstraße, Ecke Sophienstraße, Johl-abend. Tagesordnung: Vortrag über die Entwicklung des Krieges auf unsere Parteiverhältnisse. Aussprache. Verschiedenes. Ein-

geladen sind alle „Vorwärts“-Leser und Parteimitglieder, die auf dem Boden der Gesamtpartei stehen. An- und Ummeldungen von Mitgliedern werden entgegengenommen.

**Treptow-Baumfischweg.** Zwei gemeinsame Zahlende finden Mittwoch, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, statt. Für Treptow im Lokal von Ebert, Graefstr. 10 (früher Ringeltaube), für Baumfischweg im Lokal von Erbe, Baumfischweg 14.

**Brick-Baum.** Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr: Gemeinamer Zahlende bei Vahr, Brick, Werderstraße. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Heitmann über: „Die Lebensmittelverteilung durch die Gemeinden“. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen aller Parteigenossen, insbesondere der Frauen zur Pflicht.

**Tempelhof.** Mitgliederversammlung Mittwoch, den 14. März, abends 1/9 Uhr, bei Fritz Müller, Berliner Str. 97. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Bartels: Aufgaben der Gemeindevertretung. Vortrag des Genossen Ewald: Der Gemeindeetat.

**Steglitz.** Mitgliederversammlung Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr, bei Element, Duppelstr. 7. Genosse Dänisch spricht über: „Politische Zeit- und Streitfragen“.

**Friedenau.** Mittwoch, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr. Im Kaiser-Wilhelmsgarten, Rheinstr. 64/65 I: Mitglieder-Versammlung. Landtagsabg. Otto Braun spricht über: „Die Krise in der Partei.“ Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, sich der Gesamtpartei der deutschen Sozialdemokratie anzuschließen, werden um ihr Erscheinen ersucht.

**Sozialdemokratischer Zentral-Verein Teltow-Beeskow, Ortsverein Lichtersfeld.** Dienstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von W. Draeger, Hindenburgdamm 45: Vereinsversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kaliski über „Staatsmonopole“; Besprechung; Abrechnung vom III. Quartal 1916; Vereinsangelegenheiten. — Gäste willkommen.

**Röpend.** Sozialdemokratischer Verein, Gemeinamer Zahlende. Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr, beim Genossen Müller, Alter Markt 8. Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über einen Beitrag von 10 Pf. pro Monat. 2. Die Klärung in der Gesamtpartei. 3. Verschiedene Parteiangelegenheiten.

**Schönholz, Grünau, Falkenberg.** Mitgliederversammlung Dienstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Graubow (am Bahnhof Grünau). Genosse Groger spricht über: „Die Krise in der Partei“. Alle Parteigenossen und Genossinnen, sowie alle „Vorwärts“-Leser, die sich der Gesamtpartei der deutschen Sozialdemokratie anschließen wollen, werden um ihr Erscheinen gebeten.

**Arbeiter-Tamariterbund, Kolonne Groß-Berlin.** Montag, 12. März, abends 8 1/2 Uhr, Köpenicker Straße 92: Außerordentliche Nebungskunde. Teilnehmer und Mitglieder, die sich der Prüfung am 21. März unterziehen wollen, werden gebeten, ihre Abreise an den Vorstehenden G. Dietrich, NW 2, Rosenthalstr. 25, Hof links unten, schriftlich abzugeben. Ferner Ausgabe von Flugblättern.

**Tanzverein „Richte“ Berlin.** Das Retournen findet nicht, wie bekannt gegeben, in der Hermannstraße, sondern im Andreas-Realschulsaal, Köpenicker Str. 76, statt.

**Deutscher Arbeiter-Bund „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin.** Heute Sonntag, den 11. März, im Gewerkschaftsbaus, Engländer 16: Großer letzter Lichtbildvortrag mit farbigen Bildern. Konzert der Musikalischen Abteilung der Ortsgruppe Berlin. Dirigent Herr Boppahl. Eintritt 50 Pf. Garderobe frei. Saalöffnung 5 Uhr, Anfang 6 Uhr. Rauchen während des Vortrages verboten.

# Die 4 Arten

wie man den modernen Mantel trägt

1. Der Gurt liegt vorne fest an, während er hinten innerhalb des Mantels liegt und so dem Glockenfalle des Rückens freie Bahn läßt.



2. Ohne Gurt. Der Mantel hat vorn und hinten die gleich schöne, glatte Form.



3. Der glatte Fall des Mantels wird im Rücken durch den Gurt gebildet, während der Mantel vorne lose und bequem fällt.



4. Der Gurt umgibt den Mantel ringherum und erzielt dadurch ein besonders stoffes Aussehen.



**C & A**  
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Sonntags geschlossen!

Rönißstraße 33  
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113  
Beim Stettiner Bahnhof

32<sup>50</sup>

In den 4 Bildern abgebildete Mantel ist eine besondere feste und weiche Form aus verschiedenen hochwertigen Stoffen. Die beiden Einschnitte an den Seiten des Mantels, durch die der Gurt gezogen wird, ermöglichen es jeder Dame, den Mantel ihrem persönlichen Geschmack entsprechend zu tragen. Offen und geschlossen zu tragen.

Abgeordnetenhaus.

Der Eisenbahnetat.

78. Sitzung. Sonnabend, 10. März 1917.

vormittags 11 Uhr.

Von Ministerpräsident v. Breitenbach. Senge.

Eisenbahnminister v. Breitenbach

Spricht einen Nachruf für den Grafen Zeppelin. Durch ihn ist für die Reichsheerleitung und Langenherffes in Erfüllung gegangen. Riesenfortschritt in seinen Plänen, in seiner Standhaftigkeit, in seinen Erfolgen steht er vor uns als einer der Größten der Nation, dessen Erinnerung nie verlöschen wird.

Abg. Graf von der Groeben (L.)

schließt sich der Guldigung an und beifügt sich dann mit den Vorschlägen der Eisenbahnverwaltung. Er stellt fest, daß sie schon in den letzten Jahren nicht mehr erreicht wurden. Glücklicherweise hatte man durch den Ausgleichsfonds Reserven geschaffen, die unserer Staatswirtschaft sehr zu statten gekommen sind. Angesichts der ungeheuren Verteuerung des privaten Fuhrwesens begrüßen wir es, daß die Eisenbahn selbst Werke in den Dienst stellt hat zur Güterabfuhr, besonders für den Kohlentransport. Der Redner befragt dann die Schrift des Ministerialdirektors a. D. Kirchhoff über die Reichsbahn und lehnt dessen Vorschläge ab. Wenn Herr Kirchhoff eine Sachkommission von Autoritäten fordert, so haben wir in dem Minister und seinen Räten Autoritäten und brauchen keine Kommission. Der Minister hat im Austausch vor dem Glauben an die Kirchhoff'sche Spar-Milliarde gewarnt und auch uns ermahnt es höchst gefährlich, in einem Augenblick, wo wir vor schweren Opfern stehen, der Bevölkerung zu sagen, daß das nötige Geld sozusagen ohne Mühe aus den Eisenbahnerträgen geholt werden könnte. Die tatsächliche Einheit der deutschen Eisenbahnen hat dieser gewaltige Krieg erwiesen, dazu braucht es keiner Reichsbahn. Wir werden jedenfalls keinen Schritt tun, der irgendwie die Eisenbahn aus Preußens Hand nehmen könnte. (Beifall rechts.)

Abg. Schmiedding (Z.)

Seider haben wir jetzt Zustände, daß jeder die Eisenbahn meidet und unter denen die Betriebsbeamten unsagbar leiden. Bewunderung und Anerkennung allen Beamten der Eisenbahnen. (Beifall.) Der Aufmarsch bei Kriegesbeginn und die großen Truppenbewegungen nachher vollzogen sich ohne große Verkehrsstörungen. Wenn es jetzt anders geworden ist, so liegt das an besonderen Verhältnissen. Aber man darf die Eisenbahnverwaltung, die bewiesen hat, daß sie sich auch auf die Aufgaben in einem großen Kriege vorbereitet hatte, nicht die Schuld geben, wie das letzthin in der „Kölnischen Zeitung“ geschehen ist. Ich bitte den Minister, sich über diese Beschuldigungen zu äußern. Wir treten auch leistungsfähig bei in der „Kölnischen Zeitung“ vertretenen Meinung bei, daß die Verwaltung der Eisenbahnen zu wenig einheitlich sei und am besten dem Kriegssamt zu übergeben sei. Nur Angehörige regierender Häuser, Heerführer, Verbundene und Kranke dürfen jetzt das Recht der Vorausbestellung von Plätzen haben. Wie kann da ein Eisenbahndirektionspräsident sich heranzustellen, für sich ein Abteil zu belegen, wenn er weiß, wie die Reisenden untergebracht sind. Die Schlafwagenplätze sind in Berlin fast ganz in den Händen der Hotelportiers, die sie mit einem Aufgeld von 4 M. verkaufen. (Hört! hört!) Unglaublich ist eine Ausdehnung der Betriebsdirektion Polen für die Ansiedlung in Eisenbahnerdörfern, daß die Bewohner evangelischer Religion sein müssen. (Beifall links! Hört! hört! im Zentrum.) Angesichts der günstigen Ergebnisse muß man sich wundern, daß der Minister mit dem Bescheid der Tarifserhöhung droht. Jedenfalls darf sie nicht der endgültigen Gestaltung der Verkehrssteuer im Reich erfolgen. Durch Ersparnisse sollte man an ihr vorbeistimmen können. Die Kirchhoff'schen Pläne versprechen ein goldenes Zeitalter für die Eisenbahnen, wenn man sie näher ansieht, kommt nicht einmal ein hypoteses heraus.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Wir haben den diesjährigen Etat der Staatseisenbahnverwaltung der Wirtschaft angepasst, namentlich auch bezüglich des Personal-etats, da die Zahl der Stellen außerordentlich vermehrt worden ist und eine weitere Vermehrung der Stellen im nächsten Jahre nötig sein wird. Jeder Tag liefert freilich den Beweis, daß das Ganze nur ein Versuch bleiben wird. Denn die Zahlen verringern sich nicht. Die Kriegswirtschaft schafft so eigenartige Verhältnisse, daß sie auch von dem weitestblickenden Rat nicht vorhergesehen werden können. (Zustimmung.) Die Preiserhöhung bei Güterwagen hat in der letzten Zeit 50 Proz. und bei Lokomotiven und Personenzugwagen 51 Proz. ausgemacht. (Hört! hört!) Ich möchte Ihnen an Hand weniger Zahlen darlegen, wie sich der Ausbau der preussischen Staatseisenbahnen in dem Zeitraum gestaltet hat, in dem ich Leiter dieses gewaltigen Unternehmens bin. Ich stelle gegenüber die 12 Jahre von 1895 bis 1906, in welchem Jahre ich Minister wurde, und die zehn Jahre von 1907 bis 1916. — Für Fahrzeugbeschaffung wurden im ersten Zeitraum 1269 Millionen, im zweiten 2069 Millionen Mark ausgegeben, (Hört! hört!) also ein Jahresdurchschnitt von 169 Millionen gegenüber 263 Millionen. Im Jahre 1914 waren in das Anlagegesetz und in das Debitarium 298 Millionen, also weit über den Durchschnitt der letzten zehn Jahre eingestellt. Das war noch eine Friedensforderung, sogar bei herumergehender Konjunktur. Die erste Forderung im Krieg, im Jahre 1915, betrug 293 Millionen Mark. Wir haben im Jahre 1916 im Personenverkehr 17 Proz., aus dem Güterverkehr 10 Proz. weniger als in dem sehr starken Verkehrsahre 1913 eingenommen. Trotzdem haben wir uns in der Beschaffung nicht aufhalten lassen und die 1916 bereits um weitere 40 Millionen auf 307 Millionen gesteigert. Die größte Anlieferung von Lokomotiven fand im Jahre 1915 statt, nämlich 1700 Stück. Das Jahr 1917 bringt nun den Rekord mit 489 Millionen für Fahrzeugbeschaffung. — Den Aufmarsch der Armees mit seinen großen Ansprüchen, der von der Heeresverwaltung glänzend vorbereitet war, haben wir allertiefsten können, aber auch in den zwei Jahren des Krieges sind wir allen Anforderungen der Heeresverwaltung und der inneren Wirtschaft, die sich zur teuren Kriegswirtschaft ausgewachsen hat, gerecht geworden und darin erblicke ich die größere Leistung. Ueber die

Verkehrsschwierigkeiten und Betriebsstörungen

habe ich mit größter Offenheit im Ausschuss Aufstellungen gegeben und anerkannt, daß außerordentlich schwere Störungen vorliegen. Es liegen aber gewichtige Gründe vor, die die jetzigen Störungen rechtfertigen, und die sich nicht auf ein Verschulden der Verwaltung zurückführen lassen. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Schwächung unseres Apparates, die durch Mehrleistung ausgeglichen werden muß. Wir können die ganze Lage nur durch ein uniges Zusammenarbeiten mit der Heeresverwaltung ertragen. Mit dem Heilighausbahnwesen haben wir seit Beginn des Krieges ausgerechnet gearbeitet. Ich darf feststellen, daß es zu einem großen Teile an den Schultern der preussischen Eisenbahnverwaltung liegt. (Zustimmung.) Selbstverständlich wird der militärische Verkehr in allen Dingen bevorzugt. Die „Kölnische Zeitung“ hat, wie Herr Schmiedding erwähnte, in einem Artikel „Organisation und Heeresorganisation“ eine heftige und sehr abträgliche Kritik der Verwaltung, der Eisenbahn und ihrer Leistungen gebracht. (Hört! hört! rechts.) Sie hat dabei die Verwendung gebraucht, die Verwaltung der preussischen Staats-

eisenbahnen verfolge wie im Jahre 1912. Es ist nicht zum erstenmal, daß der Ausdruck vom Verfall der preussischen Staatseisenbahnverwaltung an mein Ohr klingt. (Hört! hört!) Er ist jüngst in einem Kreise hochstehender Männer von einer angesehenen Persönlichkeit gebraucht worden, freilich unter schärfster Ablehnung in diesem Kreise. Aber wenn so ein Wort nun einmal gesprochen wird, dann trägt es sich weiter und erzeugt eine Beunruhigung, die wir nicht ertragen können. (Sehr richtig!) Soll ich noch besonders versichern, daß ich diese Sache nicht als gegen mich persönlich gerichtet betrachte. In einem Kriege, wo es um Sein und Nichtsein der Völker geht, fallen alle persönlichen Rücksichten. (Zustimmung.) Ich bin der Ansicht, daß auch ein Minister, der sich verdient gemacht hat, im Laufe der Jahre, wenn er jetzt versagt, Gelegenheiten nehmen muß, zu gehen. Aber ich spreche nicht für meine Person. Ich bitte jedoch zu berücksichtigen, daß ich der Chef der preussischen und der Reichseisenbahnverwaltung bin und daß mich als ihren Führer 600 000 treue deutsche Männer ansehen, denen ich oftmals mit ihrer Zustimmung Dank und Anerkennung ausgesprochen habe. Das Vertrauen dieser Männer zu ihrem Führer wird erschüttert. (Sehr richtig!) Wenn ein solches Wort weitertrifft. Vergewissern Sie sich, was das in Kriegeszeiten bedeutet — gerade so viel, als wenn man das Vertrauen zu einem unserer angesehensten und fähigsten Heerführer erschüttern würde! (Sehr richtig!) Das sollten sich diejenigen, die mit solchen Äußerungen in die Presse gehen, gesagt sein lassen.

Die in dem Artikel erwähnten Verbürfe bestehen aus lauter Irrtümern. Der Verfasser macht der Verwaltung nicht so sehr aus ihrer tatsächlichen Leistung einen Vorwurf, als aus ihrer Geschäftspolitik, die auch während des Krieges ganz in den allen Bahnen fortgeführt wurde und die er als schädlich bezeichnet. Es wird gesagt, die Verwaltung sei nicht auf den Krieg eingestellt. Das glaubt man einer Verwaltung sagen zu dürfen, die in so engen und unmittelbaren Beziehungen zur Kriegsführung steht und die von dem Ernst der Situation vom Minister bis zum jüngsten Arbeiter durchdrungen sein muß, weil sie sie täglich vor Augen hat. Die Auffassung, daß die Geschäftspolitik der Verwaltung schädlich sei, wird auf zwei Momente zurückgeführt: Gewisse Bestellungen sollen auch während der Verkehrskrise bis zum letzten Augenblick trotz eingehenden Hinweises auf die Gefahr und trotz wiederholtem Drängen der Industrie hinausgeschoben sein, und bei der Vergebung des Eisenbahnerbedarfs seien die Preise in einer Weise gedrückt worden, daß bei den in den betreffenden Industrien herrschenden Verhältnissen von vornherein mit einer geringeren Versorgung hätte gerechnet werden müssen. Ich habe mich gebundert, daß auf diesen Artikel nicht aus dem Kreise unserer Industrie eine Ablehnung erfolgt ist. Denn was wird in dem Artikel denn anderes gesagt, als daß die Industrie nicht liefert, weil ihr die Preise zu gering seien! — Bei diesen Versicherungen kann es sich nur um Rohstoffbedarfsgüter handeln: Kohle, Oberbaumaterialien, Schienen und Schwellen, Lokomotiven und Wagen. Unsere Kohlenlieferungsverträge liefen am 1. April d. J. ab, wir haben sie für ein Jahr geschlossen und die

Preiserhöhungen

hinnehmen müssen. Nach der am 1. Januar eintretenden Preiserhöhung der Kohle werden wir bei neuem Vertragsabschluss noch mehr zu zahlen haben. Zwar haben wir gegen die Kohlenindustrie anderer Länder mäßige Preise, aber es steht doch fest, daß wir bei der Versorgung mit Kohle, die uns heute 200 Millionen Mark jährlich kostet, doch nicht erspart haben. Ich werde die Kohlenindustrie bestreitet doch entschieden, daß sie an der Förderung und Lieferung von Kohle wegen der Preise lässig sei. (Zustimmung L. D. Nationalisliberalen.) Dem Stahlwertverband haben wir höhere Preise für Schienen 1914 zugesprochen. Die Lieferung ging jedoch weiter zurück, und neue Vereinbarungen wurden getroffen, um eine schnellere Lieferung herbeizuführen. Der Stahlwertverband wird entschieden bestreitet, daß wir einen unzulässigen Druck auf ihn ausgeübt hätten. Auch bei den Lokomotiven, Waggons und Wagen haben wir höhere Preise als bei der eintretenden Bewilligung. Auf keinen Fall kann ich mich aber auf den Standpunkt stellen, auch im Kriege nicht, daß die Preise für uns überhaupt keine Rolle spielen. (Beifallige Zustimmung.) Die Eisenbahnverwaltung hat stets in voller Redereinstimmung, auch mit den zuständigen militärischen Stellen gehandelt. Die Forderung des Verfassers, die preussischen Eisenbahnen müssten dem Kriegssamt angegliedert werden, halte ich für praktisch, undurchführbar. (Sehr richtig.)

Der Minister polemisiert des weiteren ausführlich gegen die Schrift des Ministerialdirektors a. D. Kirchhoff

über die Vereinfachung des Eisenbahnverkehrs. Die Zahlen des Verfassers scheinen vollkommen in der Luft. In der heutigen Zeit, wo jeder einen Koffer, einen Koffer braucht, ist es höchst gefährlich, mit solchen Behauptungen an die Öffentlichkeit zu kommen. Die preussische Eisenbahnverwaltung weiß sich frei von partikularen Reigungen, denn sie läßt sich bei allen Entscheidungen nicht nur von den Gesichtspunkten leiten, so sie dem preussischen Staate, sondern auch ob sie dem Reiche nützen. Sie ist durchdrungen von dem Gedanken, daß dieser Krieg die deutschen Eisenbahnen zweifellos einheitlicher gestalten wird als bisher. Alle deutschen Eisenbahnverwaltungen stehen auf diesem Standpunkt. (Beifall.) Was die Reichsverkehrssteuer anbelangt, so kann ich als Ergebnis meiner eingehenden Untersuchungen feststellen, daß sie als erträglich zu bezeichnen ist und keine übermäßige Belastung darstellt. Um eine Erhöhung der Tarife werden wir nicht herumkommen. (Hört! hört!) Die Gehälter der Beamten und die Löhne der Arbeiter werden erhöht werden müssen, dazu kommt die ungeheure Erhöhung der Materialpreise. Der Ausbau unserer Tarife wird eine der schwierigsten Aufgaben der Zukunft sein. Trag der Schwere und Not der Zeit bleibe ich mit Aufricht in die Zukunft. Freilich, einen lastigen Optimismus lehne ich ab. Die Vorredner haben mir ihr Vertrauen ausgesprochen. Meine Verwaltung und ich werden alles tun um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. (Beifalliger Beifall.)

Finanzminister Senge lehnt ebenfalls in eingehenden Ausführungen die Kirchhoff'sche Schrift ab. Sie bezweife sich in fortwährenden Widersprüchen, ziffermäßige Unterlagen sind nicht vorhanden. Der Kirchhoff'sche Vorschlag ist ein Irrsinn, das in dem Sumpf führt.

Abg. Graf Nolke (H.) verteidigt die Eisenbahnverwaltung gegenüber den Vorwürfen als sei sie Schuld an den Verkehrsstörungen. Den Unternehmern, die der Eisenbahnverwaltung etwas an Zeugnis stücken wollen, muß entschieden entgegengetreten werden.

Die Weiterberatung wird auf Montag, 11 Uhr, verlagert. Schluß: 6 Uhr.

Die Steuern im Reichstagsausschuss.

Sicherung der Kriegsteuer

beraten. Ein Änderungsantrag lag nur zu § 9 vor. Nach diesem Paragraphen sollen die Gesellschaften und juristischen Personen in eine neu zu bildende Kriegsteuerverzinsung 60 Proz. des in dem weiteren Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinnes einsteuern. Dazu hatten die Sozialdemokraten und der Abg. Rumm von der Deutschen Fraktion gleichlautende Anträge eingebracht, die den Satz von 60 auf 75 Proz. erhöhen wollten. Abg. Reil (Zog) begründete die Erhöhung, die notwendig sei, damit bei dem neuen Kriegsteuergesetz das Reich die Möglichkeit

habe, eine höhere Besteuerung durchzuführen als in dem bestehenden Kriegsteuergesetz.

Die Abg. Götze, Graf v. Westarp, Müller, Zolba, Erberger und Sibwe traten dem Entschieden entgegen. Eine höhere Besteuerung sei ausgeschlossen und eine weitere Zurüklage, namentlich für die Betriebe mit geringerem Gewinn und demgemäß auch niedrigerer Steuer eine unzulässige Belastung.

Der Staatssekretär bat, den Satz von 60 Proz. bestehen zu lassen. Auch er wies darauf hin, daß sonst manchen Betrieben, die nicht an den Hilfssteuern herantroumen, unzulässigerweise viel Betriebskapital entzogen werde.

Abg. Reil (Zog) regte an, den höheren Satz nur für die Betriebe gelten zu lassen, die einen außergewöhnlich hohen Gewinn haben und deshalb eine höhere Steuer bezahlen müssen. — Auch dem trat der Staatssekretär entgegen, weil dadurch zu viel Arbeit verunmöglicht werde. — Der Antrag auf Erhöhung des Satzes wurde abgelehnt und das Gesetz unverändert angenommen.

Hierauf begann der Ausschuss mit der Beratung des Entwurfs für ein

Kohlensteuergesetz.

Abg. Müller-Zulba fragte an, was geschehen solle, wenn § 1 des Entwurfs abgelehnt werde, der die Vorschriften über die Abgabe enthalte. Sei die Abgabe abgelehnt, dann sei es an sich überflüssig, in eine weitere Beratung des Entwurfs über die Abgabe einzutreten. Auf der anderen Seite habe die Erfahrung gezeigt, daß es doch gut sei, bei einem so wichtigen Gesetz die Einzelheiten der geplanten Abgabe zu beraten.

Die Abg. Graf v. Westarp und Götze forderten, daß unter allen Umständen die Einzelheiten der Abgabe besprochen werden sollen. Entweder könnte man die Abstimmung über den § 1 erst später nach der Beratung der anderen Bestimmungen vornehmen, oder man könnte zunächst über § 1 abstimmen, aber mit dem Vorbehalt, daß die Beratung auch dann fortgesetzt werde, wenn § 1 abgelehnt werden sollte.

Hiergegen erhob Abg. Koste (Zog) Einspruch. Nach der bisherigen Erörterung sei damit zu rechnen, daß das Gesetz abgelehnt werde. Freilich habe das Zentrum schon wiederholt in der ersten Lesung sich gegen einen Entwurf ausgesprochen, und es trotzdem in der späteren Beratung fertig gemacht, den Anschlag für die Annahme des Entwurfs zu geben. Seine Partei sehe in der Annahme der Kohlensteuer eine ernste Gefahr für unser Volk, und deshalb müsse er entschieden verlangen, daß diesem Entwurf so schnell wie möglich ein Ende gemacht werde und, wenn § 1 abgelehnt werden sollte, die Beratung der anderen Bestimmungen nicht erfolge.

Abg. Dr. Stresemann hält eine Beratung der Einzelheiten des Gesetzes unter allen Umständen für notwendig.

Abg. Müller-Zulba stellt fest, daß er ja nur angefragt, aber keine Anregung gegeben habe. Ihm persönlich wäre es auch unangenehm, wenn über § 1 abgestimmt und dann die Beratung fortgesetzt werde.

Abg. Frhr. v. Camp begründet den Antrag, von dem Entzuge der 8 Millionen zwei Millionen Mark zur Unterstützung der minderbegüterten Volksschichten zu verwenden.

Abg. Dr. Stresemann: Mit einem solchen Teufelskinder können die ärmeren Klassen nicht abgeholfen werden. Seine Partei lege aber Wert darauf, daß die Steuer befristet werde.

Der Staatssekretär erklärte, daß die Frage des Hausbrandes die Reichsfinanzverwaltung mehrfach beschäftigt habe. Die technischen Schwierigkeiten, den Hausbrand aus der Steuer herauszunehmen, seien jedoch sehr groß. Nichtsdestoweniger sei die Reichsfinanzverwaltung bereit, von neuem die Frage zu prüfen. Vielleicht könne man den Kommunalverwaltungen für den nächsten Winter Beiträge aus der Steuer zur Verfügung stellen, mit denen für die Wintermittelten eine Verminderung der Kohlenpreise für Hausbrand oder eine Herabsetzung der Transportkosten herbeigeführt werden könnte.

Abg. Gröber (Z.) schloß sich dem an. Die Öffentlichkeit habe das Recht, zu erfahren, wie sich die einzelnen Parteien grundsätzlich zu der Kohlensteuer stellen.

Abg. Koste (Zog) wünscht eine Statistik der Gewinne der Kohlengruben. Er gebe zu, daß die Kohle, einer der wichtigsten Naturprodukte, mit der privaten Ausbeutung überlassen bleiben dürfte, sondern der Gemeinheit nutzbar gemacht werden müsse. Jedoch sei die Kohlensteuer ein ganz ungeeignetes Verfahren, zu diesem Ziele zu kommen. Die Kohlensteuer belastet die ärmere Bevölkerung nicht nur unmittelbar durch die Verteuerung der Kohle, sondern auch mittelbar durch die Verteuerung fast aller Waren. Ebenso würde eine Erhöhung der Eisenbahntarife auch eine Folge der Kohlensteuer sein. Die Befristung der Steuer habe wenig Wert. Bis jetzt seien die Schwierigkeiten, den Hausbrand von der Steuer auszunehmen, noch in keiner Weise beseitigt. Jedenfalls sei der Vorschlag des Abg. v. Camp durchaus nicht geeignet. Eine so geringe Summe wie zwei Millionen Mark sei geradezu ein Hohn. Außerdem sei es eine besondere Art von Sozialpolitik, erst den ärmeren Leuten durch die Steuer ungeheure Lasten aufzuladen und ihnen dann einige wenige Pfennige als Unterstützung wieder zurückzugeben. Für solche Art Sozialpolitik habe keine Partei kein Verständnis; sie werde die Steuer unbedingt ablehnen.

Abg. Götze (Sp.) erkennt die vielen Schäden der Kohlensteuer an. Am liebsten wäre es seiner Partei, wenn von der Steuer Abstand genommen werden könnte. Jedoch sei die Finanzlage des Reiches so schwierig, daß unbedingt Mittel beschafft werden müßten. Wenn kein annehmbarer Erfolg für die Steuer gefunden werden könne, würde seine Partei, so unangenehm es ihr sei, für die Kohlensteuer stimmen.

Abg. Frhr. v. Camp scheidet in dem Antrage des Reichstags v. Camp, das Einkommen, das die Kohlensteuer geradezu unverantwortlich gegenüber der ärmeren Bevölkerung sei, sonst würde Herr v. Camp nicht das Teufelskinder von zwei Millionen Mark angeboten haben. Die Fraktion, welche Abg. Dr. Stresemann für die Kohlensteuer verlangt, sei ohne praktische Bedeutung. Wichtig sei, die Beratung des Gesetzes solange zurückzustellen, bis die Regierung ihre Erwägungen über die Schutzbestimmungen für die kleinen besendet habe.

Der Staatssekretär erwiderte, daß die Erwägungen über die Maßnahmen in Bezug auf den Hausbrand selbstverständlich vor Verabschiedung des Gesetzes abgeschlossen sein werden. Nach seiner Überzeugung würden es die weitesten Kreise der Bevölkerung durchwegs verstehen, daß die Reichsleitung auf die Kohlensteuer bei dieser Lage der Dinge nicht verzichten könne.

Ein Regierungsvertreter stellte mit, daß die Berechnung des Prof. Wolf über die Belastung durch die Kohlensteuer nicht richtig sei.

Abg. Riefing (Sp.) begründete den Antrag, soweit der Regu von Kohle für Hausbrandzwecke durch Gemeinden oder Gemeindeverbände erfolgt und die Kohle an Besitzer von Kleinwohnungen zum Selbstkostenpreis, aber abzüglich des Betrages der Kohlensteuer, abgegeben werde, ist den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Steuer zurückzugeben; die näheren Anordnungen erläßt der Bundesrat.

Abg. Rumm begründete den Antrag, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, mäßige Höchstpreise für die Hauptleistungsmaterialien festzusetzen.

Abg. Dr. Meier (Z.) befürchtete, daß das Beschäftigungsupper, das Abg. v. Camp in seinem Zwei-Millionen-Antrage empfohlen habe, die entgegengesetzte Wirkung erreichen, nämlich die Bevölkerung nicht beruhigen, sondern erst recht aufreizen werde. Die Berechnung des Prof. Wolf möge in ihren Einzel-

Seien zweifelhaft sein. Sowie steht fest, daß die Verzierung durch die Kohlensteuer mittelbar oder unmittelbar sehr hoch sei. So werde trotzdem das Brot verteuert, da die Bäcker unumgänglich die Mehrausgaben für die Kohlen aus ihrer eigenen Tasche decken können. Ganz besonders müsse man auch auf den Kohlengroßhandel achten. Die Rheinische Kieberei- und Kohlenbergwerksgesellschaft habe bei einem Kapital von 14 Millionen Mark im Jahre 1913/14 9,41 Millionen verdient, im Jahre 1914/15 12,03 Millionen und 1915/16 9,8 Millionen Mark.

Abg. Schwegel weist darauf hin, daß diese Gesellschaft nur eine Tochtergesellschaft des Kohlenkonzerns sei und daher hier besondere Vergünstigungen vorliegen. Aus diesem Grunde könne man aus den angeführten Zahlen also keine Schlüsse ziehen. Die Verzierung der Steuer sei notwendig, damit die Reichsregierung nach dem Kriege die erforderliche Bewegungsfreiheit habe.

Abg. Dr. Nieber (natl.): Auch direkte Steuern könnten obgemacht werden. Deshalb ist die Abwälzung der Kohlensteuer auf die Verbraucher kein durchschlagender Grund. Ganz besonders ungerechtfertigt sei die Ausschaltung des Handels. Dadurch würden die Waren nur verteuert. Seine Partei behalte sich ebenfalls die endgültige Stellungnahme zur Kohlensteuer vor, je nachdem die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes gestaltet würden. Die Beratungen wurden dann auf Montagvormittag vertagt.

## Die Klage der früheren „Vorwärts“-Redakteure abgewiesen.

Die wegen Beteiligung am Boykott des „Vorwärts“ entlassenen „Vorwärts“-Redakteure Daumig, Jahn, Leid, Stadthagen, Ströbel und Bielepp hatten bei dem Landgericht I, Berlin, Klage angehängt gegen die offene Handelsgesellschaft „Vorwärts“, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., den Geschäftsführer Richard Fischer als Prokurist des „Vorwärts“ und gegen sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes. Sie verlangten in ihrer Klage die Feststellung, daß ihre Entlassung als Redakteure des „Vorwärts“ nicht rechtmäßig ist, daß die Firma Singer u. Co. verpflichtet sein soll, ihnen ihr Gehalt solange zu zahlen, bis ein von der gemäß § 25 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestelltes Prüfungsausschuss und in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand gefasster Beschluß dies nicht unterjagt, ferner daß der Firma Singer u. Co. und dem Parteivorstand bei Verneinung einer vom Gericht festzusetzenden Strafe für jeden Fall der Zurückzahlung unterliegt wird, sie in ihrer Tätigkeit als Redakteure des „Vorwärts“ zu hören. Endlich verlangten die Kläger, daß ihnen ihr Gehalt für die Monate Februar und März 1917 gezahlt wird.

Den Vorfall in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Landrich, die Kläger vertrat Rechtsanwalt Horowitz, die Beklagten Rechtsanwalt Dr. Heinemann. In der Klage hatte bereits am 14. Februar ein Termin angesetzt. Wir gehen erst heute auf die Verhandlung ein, weil sich am 14. Februar das Gericht darauf beschränkt hatte, einen Verhandlungstermin anzusetzen, der am Sonntag stattfand und damit entsetzte, daß die Kläger mit ihrer Klage in vollem Umfange kostenpflichtig abgewiesen wurden.

Die Kläger behaupteten, daß nach der Entstehungsgeschichte des „Vorwärts“ die Firma Singer u. Co. nicht berechtigt sei, einen Redakteur zu entlassen. Sie sei nur Kreuzhänderin der Partei oder, da der „Vorwärts“ Eigentum der Berliner Parteigenossen sei, der Berliner Wahlkreisorganisation. Die Prüfungskommission stehe ganz auf dem Standpunkt der Kläger. In der Firma Singer u. Co. händen die Kläger in gar keiner rechtlichen Beziehung, mithin sei diese auch nicht berechtigt, sie zu entlassen. Zur Begründung dieser Behauptung nahmen die Kläger eingehend Bezug auf die Protokolle der Parteitage und auf sonstiges Material, das sich in der Parteigeschichte über die Gründung und Gestaltung des „Vorwärts“ befindet. Insbesondere betrafen sie sich auf die Vorgänge bei dem Bekanntwerden des „Vorwärts“-Konflikts 1905, der angeblich ihre Klageanträge ohne weiteres rechtfertigte. Als Zeuge dafür wurde von ihnen der damals aus seinem Amte entfernte Redakteur Kurt Gieser genannt. Die Kläger gaben zu, daß sie an dem Boykott des „Vorwärts“ tätigen Anteil genommen haben. Sie hätten dies jedoch nicht getan, um den „Vorwärts“ zu schädigen, vielmehr handelte es sich hier um ein berechtigtes Abwehrmittel gegen die von der Firma Singer u. Co. und dem Parteivorstand mit vollem Bewußtsein verübte rechtswidrige Eigenmacht zum Zweck der Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Die Einstellung des Abonnementes auf den „Vorwärts“ sei von der Berliner Generalversammlung nur für den Fall beschlossen worden, daß der Parteivorstand seine Gewaltmaßnahmen nicht aufhebe und auch nur bis zum Zeitpunkt der Aufhebung. Es handelte sich nicht um einen Angriff gegen das rechtmäßig geleitete Organ, sondern gegen eine durch Eigenmacht wider den Willen der richtigen Eigentümer und der redaktionsberechtigten Kläger hergestellten Zeitung, die sich unzulässigerweise den Titel „Vorwärts“ beilege. Dieses gewalttätig okkupierte Unternehmen zu bekämpfen, in dem die ihnen garantierte Meinungsfreiheit unterdrückt wäre, sei Recht und Pflicht der Kläger.

Die Beklagten lehnten es ab, den Klägern auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege zu folgen, interne Parteivorgänge vor Gericht zu bringen. Sie ließen alle diese Ausführungen der Kläger völlig unbeachtet mit Ausnahme des einen Punktes, daß sie hervorhoben, daß die Prüfungskommission, auf deren Votum die ganze Sache sich stütze, in ordnungsgemäßer Zusammenfassung überhaupt nicht mehr existiere. Die Personen, die sich „Prüfungskommission“ nennen, läßen dies willkürlich. Das Statut, das die Zusammenfassung der Prüfungskommission regelt, sei in wesentlichen Punkten mißachtet worden. Während jeder Wahlkreis zwei Vertreter in die Prüfungskommission zu wählen habe, sei für den 8. Wahlkreis diese Vorschritt verfehlt worden; denn anstatt zwei Vertreter, habe der 8. Wahlkreis 4 Vertreter, der 4. Wahlkreis 3 Vertreter, Letztum-Beckow überhaupt keine ordnungsmäßigen Vertreter und auch sonst herrsche in der Prüfungskommission das reine Lohwobohu. Bei den zahlreichen Änderungen, die jetzt erfolgt seien, hätten nicht die zuständigen Instanzen die neuen Vertreter gewählt. Dies hätten in einer ganzen Reihe von Fällen ganz willkürlich die Wahlvereinsvorstände getan, so daß sich das abfälschende Ergebnis gezeigt habe, daß nicht einmal der Vorsitzende der Prüfungskommission deren Mitglieder kenne. Im übrigen beschränkten sich die Beklagten darauf, ausschließlich dem rechtlichen Standpunkt aus die Anträge der Kläger zu überlegen. Insbesondere legten sie dar, daß es juristisch ein vollkommenes Widesinn sei, wenn die Kläger bestritten, bei der Firma Singer u. Co. angestellt zu sein, dennoch aber von dieser Firma Gehalt forderten.

Die Gründe des Gerichts für die kostenpflichtige Abweisung der Klage lauten: Sowohl die Kläger einer Zahlungsansprüche gegen die Firma Singer u. Co. geltend machen, nicht dem entgegen, daß sie selbst ein Vertragsverhältnis zwischen sich und Singer u. Co. von der Hand weisen. Es kann daher ein Anspruch auf vertragsmäßige Zahlungen nicht erhoben werden. Ein außervertraglicher Anspruch auf solche Zahlungen besteht aber nicht. Die Kläger wollen aus der Entstehungsgeschichte des § 17 des Organisationsstatuts, der besagt, daß keine Parteigenosse oder ein anderer durch Vertrag mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein hohes Recht gegen diese oder ihre Mitglieder erwirbt, beweisen, daß eine Klage einzelner Parteimitglieder gegen den Parteivorstand dennoch zulässig ist. Sie berufen sich für ihre Ansicht auf die Ausführungen Auers in dem von ihnen vorgelegten Protokoll des Parteitagess von Mainz. Die Darlegungen Auers legen zwar klar, woher der Anstoß zu der im § 17 enthaltenen Bestimmung gekommen ist, beschränken aber die Wirksamkeit des Wortlauts des § 17 nicht. Die Beklagten wollen aus dem Verhalten der Kläger ein Recht zur fruchtlosen Kündigung herleiten. Sie führen aus, daß die bürgerlich-rechtlichen Vorschriften und die strafrechtliche Verantwortung dem Verlag einer Zeitung das Recht, Redakteure zu entlassen, unbedingt gebühre, daß Singer u. Co. die Eigentümerin des „Vorwärts“ sei, auch wenn sie der Partei gegenüber nur Kreuzhänderin sei, Das

Eigentum beim „Vorwärts“ im zivilrechtlichen Sinne hätten die Berliner Parteigenossen nicht; es fehle an einem der ein Eigentum begründenden Rechtsakte.

Auch das Eigentum der „Parteigenossen“ sei nicht begründet. Diese Ausführungen sind richtig. Der „Vorwärts“ nimmt eine Doppelstellung ein. Der § 25 des Organisationsstatuts erscheint, wie Auer in Mainz richtig gesagt hat, als ein Kompromiß. Wenn dort vom „Eigentum der Berliner“ gesprochen wird und von der Durchführung ihrer Rechte, so zeigt gerade der vorliegende Fall, daß diese Bestimmungen nur durchführbar sind, solange Parteivorstand und Redakteure einig sind.

Die Entscheidung der Sache ist aber nicht aus diesem Gesichtspunkt herzuleiten. Die Hauptfrage ist: gehören die Kläger nach der sozialdemokratischen Partei? Die Kläger meinen, daß derjenige, der das sozialdemokratische Programm anerkennt und nicht aus der Partei ausgeschlossen ist, Mitglied der Partei ist. Die Begriffsbestimmung, was eine Partei ist und welche Mitglieder zu ihr gehören und welche sich von ihr getrennt haben, kann nicht aus rechtlichen Gesichtspunkten entschieden werden. In dieser Beziehung sieht zum Vergleich das Ausschließen der Mitglieder aus der Fortschrittspartei, welche später die nationalliberale Partei gegründet haben, ebenso die Entstehung der sogenannten Sezession aus der nationalliberalen Partei. Solche Fragen können nur historisch entschieden werden. Die Parteibeteiligung gibt es in der Fraktion, d. h. in der Geltendmachung der Bestrebungen der Partei in der Volksvertretung. Wenn sich nun die sogenannte Arbeitsgemeinschaft von der großen Fraktion getrennt hat, so bedeutet dies, daß sie eine eigene Partei gegründet hat, die ihr Bestehen nur dadurch halten kann, daß die Wähler vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie Befürworter der alten Partei oder solche der Arbeitsgemeinschaft in die Parlamente wählen wollen. Es ist unerschlich, ob das gedruckte oder ungedruckte Programm beider Parteien dasselbe ist. Es handelt sich hier nicht um einen Ausschluß aus der Partei, sondern um eine Trennung von der Partei, um die Bildung einer neuen Partei. Die Kläger meinen zu unrecht, daß, weil sie mit Ausnahme von Stadthagen nicht Reichstagsabgeordnete seien, daß eine solche Betrachtung sie nicht treffen könnte. Das ist unrichtig, denn nicht die Zugehörigkeit zu den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, sondern das Bekenntnis zu der neuen Partei trennt die Kläger von der sozialdemokratischen Partei endgültig. Von diesem Gesichtspunkt aus können die Kläger auch, ganz abgesehen von den Bestimmungen des § 17 des Organisationsstatuts, sich nicht mehr als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei betrachten und können deshalb nicht Ansprüche erheben, die nur den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei zustehen können und sich auf das Zentralorgan der Partei beziehen. Da aus diesen Gründen die Klage ohne weiteres abzuweisen ist, war auf die Überlegenheit der Kläger angelegten Fragen gar nicht einzugehen, insbesondere nicht auf die Frage, ob die Prüfungskommission gegenüber nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts zusammengefaßt ist oder ob die gegenwärtigen Mitglieder ihr Amt usurpiert haben, sowie ob die Kläger mit Recht oder mit Unrecht von einer Anrufung der Kontrollkommission abgesehen haben.

Besonders bemerkenswert gestaltet sich dieser Ausgang des Prozesses für die beiden früheren Parteivorstandsmitglieder Wengels und Louise Rieh. Diese erklärten nämlich, daß sie sich von dem Anwalt der Beklagten nicht vertreten lassen wollten, weil sie damit in einen Gewissenskonflikt kämen. Sie lösten ihn dadurch, daß sie einen bürgerlichen Anwalt, Rechtsanwalt Pinner, zu ihrem Vertreter wählten, da sie sich nicht als Beklagte gleichzeitig auch von dem Anwalt der Kläger gleich mitvertreten lassen konnten. Sie erklärten jedoch, daß sie dessen im Namen der Kläger vorgebrachten Ausführungen ausnahmslos beistimmten und daß alles, was die Kläger vorgebracht haben, richtig sei. Insbesondere betraf sie sich Wengels darauf, daß er zur Entscheidung dieser Klagen sehr kompetent sei, denn sein intimer Freund sei Paul Singer gewesen, und dieser habe bei der Gründung des „Vorwärts“ die entscheidende Rolle gespielt. Er müsse also die Vorgänge am besten kennen und er bestritte alles, was die Kläger vorgebracht haben. Hiernach beantragten Wengels und Louise Rieh, indem sie die Ansprüche der Kläger anerkannten, sie kostenpflichtig nach dem Klageantrag zu verurteilen. Das Gericht konnte ihnen jedoch, was in der Rechtsgeschichte wohl bisher ein noch nie dagewesener Fall ist, diesen Gefallen nicht tun und wählte, da es dem Gesetze gemäß zu entscheiden hatte, erklären, daß der Klageanspruch auch gegen Wengels und Louise Rieh, obwohl diese seine Berechtigung anerkannten, nicht begründet sei, da die eigenen Ausführungen der Kläger nach dem vom Gericht zu beachtenden Gesetz deren Anträge nicht rechtfertigten. In dieser Beziehung sagt das Urteil wörtlich:

„Wengels und Frau Rieh haben den geltend gemachten Anspruch anerkannt. Da aber die Entscheidung gegen den Parteivorstand nur einheitlich getroffen werden kann, in dieser Beziehung die sogenannte notwendige Streitgenossenschaft besteht, konnte deren Anerkenntnis nicht zur Verurteilung der Beklagten Wengels und Frau Rieh führen. Es mußte vielmehr auch gegen sie die Klage kostenpflichtig abgewiesen werden.“

## Spezial-Arzt

**Dr. med. Hasche,**  
Friedrichstr. 90  
direkt am  
Stabilisator  
Behandlung von Syphilis, Haut-,  
Harn-, Frauenleiden, (Spezial-  
Hilfe, Strich-Gelenk-Luxen, Chorea,  
Lähme, bürgerliche Behandlung ohne Be-  
trausung, Blutunterstützung, Wäh-  
relle, Teilgebühren, Sprechstunden  
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Wesimann's  
Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
L. Mohrenstraße 37a  
(Kolonaden)  
H. Gr. Frankfurter Str. 115  
(nahe Anhalterstr.)  
Anzahlungen abhät.  
Amt. Zentrum 7090.  
Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.

## Spezialarzt

**Dr. med. Colemann**  
I. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-,  
Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bein-  
krankh., Ehrlich-Hata-Kuren  
(Dauer 12 Tage), Behandlung  
schnell, sicher u. schmerzlos  
ob. Berufstät. Dr. Homeyer  
& Co. kons. Labor. f. Blut-  
unters., Fäden im Harn usw.  
gegenüber  
Friedrichstr. 81, Panoptikum  
Königstr. 34-36, Ecke Neue  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.  
Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
— Separates Damenzimmer. —  
Einsegnung 1926  
**Uhren & Goldwaren**  
Piltz & Co., Lindenstr. 109.

## Soll.

In Kassa-Konto	1794	06
Baren-Konto	1378	—
Italien-Konto	1	—
Rücklagen-Konto	30	—
Gen.-Anteil-Debit-Konto	324	58
	3522	61

## Gewinn- und Verlust-Konto.

In Kassen-Konto	284	00	
Gen.-Anteil-Debit-Konto	103	—	
General-Ullohen-Konto	5583	01	
Bilanz-Konto, Reingeh. 1916		588	47
		6513	08

Die Mitgliederzahl beträgt am 31. Dezember 1916 16 eingetretene, keine, ausgetreten keine.  
Die Kassakasse betrug am 1. Januar und am 31. Dezember 1916 3200,—.  
Das Geschäftsguthaben wurde am 1. Januar 1916 vorgezogen mit 2725,25.  
dasselbe erhöhte sich um 150,10.  
es ist somit am 31. Dezember 1916 ein Geschäftsguthaben vorhanden von 2875,45.  
Berlin, den 10. März 1917.

## Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft Berliner Bandagisten

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Der Vorstand: Bruno Fleischer, Jos. Weikner. Für den Aufsichtsrat: Martin Schmidt.

## Prima Glühpauisch-Extrakt

Liter N. 3.55.  
Für arbeitslos nicht unter 5 Liter  
**Hermann Führer, Berlin O.,  
Marshallstr. 21.**  
Tel.: Amt Köpenick 2942

**Wagner**  
natürl. Blutrinne des Gesicht,  
Blinder, Pukeln, befeuchtet am  
Fingern, Marasch. Seit 25 Jahren  
mit wirksam. Erfolg. erkrankt. R. 2. 20  
Dito Reichel, Berlin 43, Glendahlstr. 4.

## Gerichtszeitung.

### Das Diktat der Engel.

Die Exzessverurteilung des Oberpostassistenten Wilhelm Wendel, die seinerzeit durch zwei Drohbriefe gegen eine Vaherfelder Einwohnerin verübt, beschäftigten Freitag zum vierten Male die 3. Strafkammer des Landgerichts III. Wie seinerzeit berichtet, hatte im Januar 1914 ein Fräulein K. in dem genannten wessischen Bezirk einen mit „Die schwarze Hand“ unterzeichneten Brief erhalten, der in der Hauptsache folgenden Wortlaut hatte: „Wir fordern Sie hierdurch auf, uns 4000 Mark in Tausendmarkscheinen zu schicken. Im Weigerungsfalle werden wir Ihnen lebenslanglich mit diesem kennzeichnen. Machen Sie etwa nicht eine Anzeige, denn unsere Organisation ist weitverzweigt und wir werden über jede derartige Handlung unterrichtet. Sie sind also gewarnt. Sonst ist Ihr Schicksal besiegelt.“ Nachdem sich die geängstigte Frau vernünftigerweise mit der Polizei in Verbindung gesetzt hatte, wurde dem Briefschreiber eine Falle gestellt, in der er auch richtig hineinfiel, als er auf dem angegebenen Postamt die Antwort abholen wollte. Zur großen Ueberraschung entpuppte er sich auf der Polizei als der Angeklagte, der die Adressatin gar nicht persönlich kannte, sondern nur ganz zufällig auf ihren Namen gekommen war. Bei der Verhaftung war er zwar bedrückt und niedergeschlagen, auch sehr fesselig, machte aber den Polizeibeamten nicht den Eindruck eines Geisteskranken, obwohl er dann eine Heilanstalt in Bernau aufsuchte. In der Gerichtsverhandlung kam er ebenfalls später für sein Tun mit sonderbaren Erklärungen, Wendel, ein 33 Jahre im Postfachdienst stehender Beamter, der zweifellos sehr nervös, aber auch Trinker ist, wollte sich nämlich auf die Vorgänge, die ihn zu dem Exzessbriefe führten und sich dann im Laufe von etwa 4 Wochen abspielten — er gab mehrere Male brieflich Antwort —, gar nicht bestimmen können. Er brachte ihm dann mit Erklärungen in Zusammenhang, die er infolge seiner zerrütteten Nerven gehabt haben wollte. So sollten ihm zwei Engel erschienen sein, nachdem er zu Gott in seiner bedrängten finanziellen Lage gebetet, nach deren Diktat er einen Brief niedergeschrieben, der möglicherweise der in Frage stehende Brief sei. Das Gericht hielt den Angeklagten jedoch für zurechnungsfähig und stellte sich auf den Standpunkt, daß er sich Geld hatte verschaffen wollen, um aus seinen Schulden herauszukommen. Demgemäß wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hat aber das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurück, da es die Frage der Zurechnungsfähigkeit für nicht völlig geklärt hielt. In der Verhandlung am Freitag waren deshalb nicht weniger als sechs medizinische Sachverständige zugegen. Auch war ein Oberquartierarzt vom Medizinalkollegium eingeholt worden, das sich dahin ausdrückte, daß eine engerne Möglichkeit für die Unzurechnungsfähigkeit zurzeit der Tat vorläge. Nebenbei äußerte sich Geheimrat Lepmann, ein Sachverständiger nahm sogar § 51 als vorliegend an, die anderen drei verneinten ihn. Das Gericht seinerzeit hielt den Angeklagten abermals für verantwortlich und kam daraufhin wiederum zu einer Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis.

## Aus aller Welt.

Die Leiche des Grafen Zeppelin ist gestern vormittag in Stuttgart eingetroffen. Der Sarg wurde in der Leichenhalle des Waldfriedhofes aufgebahrt, wo der Verstorbene seinem Wunsche gemäß die letzte Ruhe finden soll.

**Doppelselfmord.** Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: In seiner Wohnung, Liebstranberg 26, wurde der 48 Jahre alte Schneidermeister August Heidekmann und seine einzige vierzehnjährige Tochter im Schlafstube vor dem Bette liegend tot aufgefunden. Der Gashahn war geöffnet. Die Frau des Heidekmann ist vor einigen Tagen gestorben. Dies dürfte die Ursache der Tat sein.

## Englisch-russische Schiffbauwerke in Cherson.

Nach Kowno Brestja vom 13. Februar überließ die Chersonische Stadterwaltung auf 99 Jahre der englisch-russischen Gesellschaft für Schiffbauwerke ein Stück Land auf der Quasanz-Insel zum Bau einer Maschinenfabrik und von Schiffbauwerken. Die Unternehmung ist auf 4000 Arbeiter berechnet. Damit wird die Insel zum Zentrum des industriellen Lebens Chersons werden. Schon jetzt werden Lageräume für Großfrachten und für ein Kohlenlager errichtet, von denen letzteres auf 9 Millionen Rubel berechnet wird und zwei Anlagen hat. Neben der Flug-Kohlewägerei wird eine Bahnbrücke zum Anschluß an den Hafen zweig der Südbahn gebaut. Diese Arbeiten sollen im laufenden Jahre vollendet werden.

## Bilanz per 31. Dezember 1916.

Soll.		Haben.	
In Kassa-Konto	1794 06	In Genossenschafts-Anteil-Konto	3200 —
Baren-Konto	1378 —	Darlehens-Konto	4006 33
Italien-Konto	1 —	Referendats-Konto	500 —
Rücklagen-Konto	30 —	Dispositionsfonds-Konto	1200 —
Gen.-Anteil-Debit-Konto	324 58	Gewinn- und Verlust-Konto: Saldo-Vortrag 1915	17 81
	3522 61	Bilanz-Konto: Reingeh. 1916	588 47
			6513 08

## Gewinn- und Verlust-Konto.

In Kassen-Konto	284	00	
Gen.-Anteil-Debit-Konto	103	—	
General-Ullohen-Konto	5583	01	
Bilanz-Konto, Reingeh. 1916		588	47
		6513	08

Die Mitgliederzahl beträgt am 31. Dezember 1916 16 eingetretene, keine, ausgetreten keine.  
Die Kassakasse betrug am 1. Januar und am 31. Dezember 1916 3200,—.  
Das Geschäftsguthaben wurde am 1. Januar 1916 vorgezogen mit 2725,25.  
dasselbe erhöhte sich um 150,10.  
es ist somit am 31. Dezember 1916 ein Geschäftsguthaben vorhanden von 2875,45.  
Berlin, den 10. März 1917.

## Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft Berliner Bandagisten

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Der Vorstand: Bruno Fleischer, Jos. Weikner. Für den Aufsichtsrat: Martin Schmidt.

## Reuters Werke

3 Bände 3 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Wimm Gichto-Rheumin** bei  
Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen.  
Glänzend bewährt und bewährt!  
In allen Apotheken erhältlich in Tabletten zu 2 Mk.  
und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk.  
H. Wunderlich, Apoth., Gera-R.  
Witte's Apotheke, Aakanische Apotheke, Lüwen-Apotheke, Aesclap-Apotheke, Mühren-Apotheke.

**Abg. Burm (Soz. Arb.):** Es ist nicht richtig, daß die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise ausgeschlossen wird durch eine Herabsetzung der Fleischpreise. Bei einer Familie von fünf Personen stellt sich die Verteuerung pro Woche auf 1,10 M., die Verteuerung durch die Preissteigerung auf 50 Pf. Die Verteuerung des Fleisches ist nicht den Fleischern zur Last zu legen, die hohe Provision der Viehhändlerverbände und andere Speisen sind hier sehr viel mehr dafür verantwortlich zu machen.

**Abg. Deß (natl.)** kritisiert sehr eingehend die Aufstellung der Berliner Fleischpreise, die Abg. Burm bekanntgegeben hat. Die Verteuerung des Viehes bei der Schlachtung ist in dieser Aufstellung viel zu gering angesetzt, nach aller bisherigen Erfahrung würde ein sehr viel höherer Rußens herauspringen; das erklärt allerdings die hohen Preise in Berlin, wenn auf einer solchen Grundlage die Preisfestsetzung erfolgt.

Präsident v. Batocki weist auf die hohe Spannung hin, die in den einzelnen Städten zwischen Getreide und Brotpreis besteht. Darüber sind sonderbarerweise die Klagen in der Bevölkerung weniger laut, obwohl sie sehr berechtigt wären. Die höheren Getreidepreise, die in Aussicht genommen sind, werden leicht ausgeglichen werden können, wenn diese unnatürliche Spannung, die er schon kritisiert habe, aufgehoben wird. Durch die erheblichen Abschlächtungen der Kälber ist die Milch mehr dem menschlichen Genuß zugeführt, die Butterherstellung ist dadurch nur im bisherigen Umfang möglich geblieben.

In der weiteren Debatte wird immer wieder von den Vertretern der Nationalliberalen, der Konserverfabriken und des Zentrums gegen die Erhebung der Viehpreise energisch Front gemacht, während von der anderen Seite des Kriegsernährungsamts, die Preissteigerung herbeizuführen, zugestimmt wird.

#### Der Ausschuss wandte sich hierauf zur Besprechung der Organisation unserer Lebensmittelversorgung.

Präsident v. Batocki leitete mit, daß die gesamte Bewirtschaftung des Brotgetreides, des Hafers, der Gerste und der Hülsenfrüchte für das kommende Wirtschaftsjahr in die Hände der Reichsgetreidekasse gelegt werde. In der Verteilung des Brotgetreides wird keine Veränderung eintreten; auch die Bewirtschaftung des Hafers wird die gleiche bleiben und der Besitzer entsprechend seiner Viehhaltung einen Teil der Ernte im eigenen Betriebe verwenden können. Die Gerste soll für Hauswirtschaft und für Ferkelzucht für den landwirtschaftlichen Betrieb bis zu einer bestimmten Menge freigegeben werden. Sehr bedenklich wäre die bisherige Bestimmung gewesen, daß 30 Zentner dem Besitzer unter allen Umständen zur eigenen Verfügung überlassen wurden. Es hat sich ergeben, daß die Zahl der Betriebe, die angeblich nur bis zu 20 Zentner ernten, enorm groß geworden ist. Leider ist eine Kontrolle, ob diese Angaben zuverlässig sind, unmöglich. Es wird auch in der kommenden Wirtschaftsjahre nicht möglich sein, ohne Unterbrechung 40 Proz. der Gerste dem Landwirt zu belassen. Dagegen soll ihm ein Teil seiner Ernte für Graupen und Gerste freigegeben werden. Ebenso wird von der Hülsenfrucht ein Teil dem Landwirt zur eigenen Verwendung überlassen. Ob auf Grund von Marktverträgen aus der inländischen Produktion Gerste in irgendwelcher erheblicher Menge zur Verfügung gestellt werden kann, ist sehr fraglich. Der Besitzer, der selbst Rast betreibt, soll das Recht bekommen, aus der eigenen Ernte eine größere Menge für diesen Zweck zurückzubehalten.

Von der Fortschritt. Volkspartei wird beantragt, dem Erzeuger eine angemessene Menge Gerste für Graupen, Gerste und Hauswirtschaftszwecke, mindestens aber 10 Doppelpentner zu belassen. In ähnlicher Weise will ein Antrag der Nationalliberalen die Vorteile für den Landwirt in gleicher Weise festlegen, aber die Betriebe besonders begünstigen, die im Verhältnis zur Ackerfläche eine größere Viehhaltung aufweisen.

Auf Anregung Wollendörfers (Soz.), eine bessere Organisation zur Kontrolle der abgeführten Ernterträge herbeizuführen, erklärt v. Batocki, daß man erwogen habe, ob nicht für größere Betriebe ein Kataster eingeführt werden könne. Dabei müßte in Aussicht genommen werden eine Feststellung der Ackerfläche, der Erntemenge, des Viehes und der zu verbliebenen Personen im Betriebe, ferner eine Buchung über die Abfuhr der Mengen an die Reichsstellen. Bei dieser Katasterführung würde eine dauernde Kontrolle über die Verwendung der Ernte möglich sein.

Nächste Sitzung: Montag.

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhaus.

Gegen Reichseisenbahnen und für Verkehrsteuern.

Die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung, mit der das Abgeordnetenhaus am Sonnabend begann, beweist, soweit aus dem bisherigen Verlauf der Debatte ein Schluß zu ziehen ist, wieder einmal, daß auf grundlegende Reformen in Preußen nicht zu rechnen ist. Die Erörterung drehte sich in der Hauptsache um den bekannten Kirchhoffschen Plan der Schaffung von Reichseisenbahnen, einen Plan, dem die Redner der Mehrheitsparteien ebenso wie die Vertreter der Regierung grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Der konservative Abg. Graf von der Groeben erklärte rund heraus, daß seine Freunde keinen Schritt tun würden, der Preußen die Eisenbahnen nehmen könnte und daß die Verwaltung bei ihren Bestrebungen der Unterflügung der Konserverfabriken sicher sein dürfe. Einen ähnlichen ablehnenden Standpunkt gegenüber den Kirchhoffschen Plänen nahm Abg. Schmedding vom Zentrum ein, der die Berechnungen Kirchhoffs anzweifelte und meinte, die Pläne versprächen ein goldenes Zeitalter für die Eisenbahnen, aber wenn man sie näher ansehe, komme nicht einmal ein Kupfernes heraus.

Große Mühe, das Kirchhoffsche Projekt nach allen Richtungen zu zerpfücken, gaben sich der Eisenbahnminister und der Finanzminister. Herr von Breitenbach zweifelt zwar nicht an der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen, er sieht auch nach den Erfahrungen des Krieges Reformen keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber, aber mit so rauher Hand wie Kirchhoff es wünscht, will er in das Eisenbahnwesen nun und nimmer eingreifen. Auch der Finanzminister Dr. Lenke gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Anregungen Kirchhoffs zwar außerordentlich bestechend seien, daß es ihnen aber an ziffernmäßigen Unterlagen fehle. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Vorschlag ein Verhängnis sei, das rettungslos in den Sumpf führe.

Daß die geplante Verkehrssteuer von den Rednern der Mehrheitsparteien sympathisch begrüßt wurde, bedarf kaum der Erwähnung. Die Redner der Minderheitsparteien kommen erst am Montag zu Wort.

Zwischendurch benutzte Herr von Breitenbach die Gelegenheit, sich gegen die gegen ihn in der Presse erhobenen Angriffe in einer so ungewohnten Art und Weise zu verteidigen, daß man sich unwillkürlich fragen muß, was sich hinter den Kulissen abspielt, ob etwa auch zwischen dem Ressort der Eisenbahnverwaltung und anderen Ressorts, besonders dem Kriegsamt, Unstimmigkeiten bestehen und die Stellung des Ministers erschüttert ist. Die weitere Beratung des Etats muß darüber Klarheit schaffen.

### Das Zentrum und Herr v. Schorlemer.

Die vom preussischen Landwirtschaftsminister als „Nachwerk“ bezeichnete Eingabe der Gewerkschaften zur Ernährungsfrage war bekanntlich auch von den christlichen Gewerkschaften mitunterzeichnet. Dadurch schlossen sich die christlichen Gewerkschaften dem Urteil über die Tätigkeit des Herrn v. Schorlemer an, das in jener Eingabe ausgesprochen wurde. Im Gegensatz dazu hat die Zentrumsfraction des Abgeordnetenhauses den Landwirtschaftsminister gedeckt und die Zentrumspresse tut jetzt desgleichen.

Der Hauptgrund dieses Widerspruchs ist wohl darin zu suchen, daß die christlichen Arbeiter nur einen ziemlich kleinen Teil der Partei bilden und in ihr einen viel geringeren Einfluß besitzen als der ländliche Grundbesitz. Einen weiteren Grund deutet die „Kölnische Volkszeitung“ an. Herr v. Schorlemer ist nämlich der einzige Katholik im preussischen Staatsministerium. Also erhält die Parole: Alle Mann für Schorlemer.

In der Debatte über den Landwirtschaftsetat kam kein Vertreter der christlichen Arbeiter zu Worte, sondern nur der Zentrumsabgeordnete Stull, der unter dem lebhaften Beifall der Rechten die Partei des Ministers ergriff. Dann wurde die Debatte geschlossen, und Herr Giesberts konnte nur noch in ein paar kurzen Worten den von seinen Parteigenossen herbeigeführten Debatteeschluß bedauern und die Eingabe, obwohl er sich mit ihr nicht in allen Einzelheiten identifiziert, verteidigen.

Jetzt veröffentlicht die „Germania“ eine Zuschrift des Abg. Giesberts zu dieser Angelegenheit, oder vielmehr: sie veröffentlicht sie nicht. Die „Germania“ gibt Stulle dieser Zuschrift wörtlich wieder und dann gleitet sie über andere Stulle summarisch hinweg, als ließe sie über glühendes Eisen. Wörtlich wiedergegeben wird ein Passus, in dem die Angriffe auf den Minister bedauert werden, dann wird in indirekter Rede ganz flüchtig angedeutet, was Giesberts über die Eingabe selbst jagt:

Sie sei verfaßt aus der Erkenntnis von dem hohen Ernst der Volksernährungsfrage und von der großen Verantwortung, die auf den Leitenden Ämtern der Arbeiterorganisationen lastet. Das erhelle schon aus dem Umfang, daß eine Reihe wichtiger Wünsche dieser Eingabe in der Zeit, wo sie verfaßt wurde und zur Ausgabe gelangte, erfüllt wurden. Herr Giesberts legt das an einzelnen Beispielen näher dar. Man könne doch unmöglich diese geforderten Maßnahmen, wie sie inzwischen von den Behörden, nicht zuletzt auf Drängen der Arbeiter, eingeführt seien, als ein Nachwerk bezeichnen.

Die „Germania“ gibt also nur die persönlichen Artigkeiten des Herrn Giesberts wieder, was er zur sachlichen Kritik der Ernährungspolitik zu sagen hat, unterschlägt sie ihren Lesern!

Wir bedauern, daß der Einfluß des Führers der christlichen Arbeiter auf die ihm nahestehende Presse nicht einmal so weit reicht, sie zu unerkürtem und nicht entstelltem Ausdruck einer von ihm abgegebenen Erklärung bewegen zu können.

Dieses Verhalten der Schorlemer-Schüler entspricht aber ganz ihrer sonstigen Taktik. Sie tun so, als ob wir von Herrn v. Schorlemer persönlich etwas wollten. In Wirklichkeit können wir gar nicht sagen, wie gleichgültig uns die Person dieses oder jenes Ministers ist angesichts der Größe der sachlichen Fragen, um die es sich handelt.

### Es war einmal...

Das Zentrum hat sich früher einmal zur Forderung des Reichstagswahlrechts in Preußen bekannt. Wenn es erst mit der Sache wurde, ist es aber immer tapfer zurückgekehrt. Wenn wir aber dann sagten, das Zentrum vertrete diese Forderung nur noch mit den Lippen, so wurden wir immer als abscheuliche Verleumder abgetan. Jetzt läßt sich indes die „Germania“ aus parlamentarischen Kreisen einen Artikel „Zur Wahlreform in Preußen“ schreiben, in dem sich dieses nette und treuherrliche Säbchen findet:

In der Erkenntnis, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, das auch die Zentrumspartei im Landtag früher gefordert hat, nicht durchführbar erscheint, veruchen Politiker verschiedener Richtungen Wahlrechtsvorschlüsse auszuarbeiten.

Das Zentrum hat so getan, als ob es das gleiche Wahlrecht forderte, um seine demokratisch gerichteten Parteigenossen nicht vor den Kopf zu stoßen. Jetzt verleugnet es diese Forderung, jetzt soll nach Zentrumswillen der heimkehrende Kriegsteilnehmer in Preußen ein Staatsbürger minderen Rechts bleiben!

Wahrheit? Freiheit? Recht?

### Wie sich Prinz Löwenstein den deutschen Frieden vorstellt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt eine Denkschrift über den deutschen Frieden wieder, für die Friedrich Prinz zu Löwenstein und Herr Carl Riedl als Verfasser verantwortlich zeichnen.

Deutschland ist nach der biederreichen Sprache der Verfasser „ein ausverkauftes Warenhaus. Es mangelt an allem und das ist“, wie richtig bemerkt wird, „eine schwere Gefahr.“ Aber was ist eine schwere Gefahr? Man höre!

„Es liegt auf der Hand: so wenig ein atomloser Mensch laufen kann, ebensowenig kann ein ausgepumpter Staat einen neuen Krieg führen, ehe er wieder zu Kräften gekommen ist. Und doch steht der nächste Krieg vielleicht schon vor der Tür. Wer vermag zu behaupten, mit dem Friedensschluß werde eine plötzliche Verletzung eintreten? Wir hoffen es, wissen können wir nicht. Aber wissen es etwa unsere Staatsmänner? Sie sind keine zuverlässigen Auguren gewesen.“

Darum, Mensch, heuge vor!

„Die Sieger in dem großen Kampfe, also die Zentralmächte, werden in das Friedensinstrument die Bedingung einbringen: Wir verlangen einen Teil der Kriegsschuld in Rohwaren, und zwar sofort, ehe sich nämlich die anderen versorgt haben. Der Sieger ist zuerst.“

Folgt eine Liste der guten Dinge, die wir kriegen müssen:

„In dieser Art und Weise der Zahlung müßte England Zinn und Zolle abgeben, von seinen Kolonien wie Kanada Kupfer, Nickel, Kobalt und Gesteinsleis, aus den sonstigen Kolonien Jute, Leder, Rette und Cade, Kaugummi, Reis, Tee, Kakao usw., von Südafrika Gold und aus Ägypten, falls es unter englischer Herrschaft bliebe, Baumwolle. Frankreich hätte Olivenöl, Samarraien, ätherische Öle und Wein, Phosphat und Kork aus Algerien nebst den Produkten seiner Kolonien abzuliefern. Italien Gemüße, Schwefel, Kalkstein, Hanf und Del, Rußland Weizen, Gerste, Haas, Cellulose, Leder, Eier, Mehl und Bismut.“

Dies Verfahren ist fortzusetzen bis die ganze Kriegsschuldigung, soweit sie nicht im Wege der Parteivergeltung antwortet werden muß, bezahlt wird.“

Der Prinz und sein bürgerlicher Gefolgsmann versichern:

„Es ist ein Verbrechen an uns selbst und an unseren deutschen Nachkommen, wenn wir aus falschem Ekelmut, aus kleinmütiger Verzweiflung den Willen nicht aufbringen können, um nach dem Stagespreis zu greifen.“

Daß der Prinz und sein Ganso in ihrer Vesteilliche Japan und die Vereinigten Staaten geschont haben, zeigt, daß sie doch von falschem Ekelmut und edel deutscher Gutmütigkeit — bekanntlich unsern schlimmsten Fehler — nicht ganz frei sind. Und das spricht ebenso für ihren Charakter, wie ihr sonstiges Programm für ihre Intelligenz spricht.

### Staatliche Verwaltungsreform und preussischer Städtetag.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Bermuth hat am 10. März eine den ganzen Tag ausfüllende stark besuchte Vorstandssitzung des Preussischen Städtetags im Berliner Rathaus stattgefunden. Anschließend an eine Zuschrift des Agt. Kommissars für Vorbereitung der Verwaltungsreform sind die Fragen der Staatsverwaltungsreform und besonders des Staatsaufsichtsrechts einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Außerdem sind Angelegenheiten des Schulrechts und der Schulverwaltung, des Wohnungsgesetzes, Steuerfragen und andere schwebende Gesetzgebungs- und Verwaltungstragen zur Besprechung gekommen.

### Die Thronfolge in Coburg-Gotha.

Gotha, 10. März. Der gemeinschaftliche Landtag nahm heute die Vorlage über die Thronfolge im Herzogtum Coburg und Gotha nach einem Bericht des Abgeordneten Hirschfeld gemäß der Vorlage der Regierung gegen die sieben sozialdemokratischen Stimmen an. — Wie der „Vol. Anz.“ meldet, haben die Abgeordneten von u. Genossen (Sozial. Arbeit.) die Vorlage mit der Begründung abgelehnt, daß sie die Einführung der Republik oder bei einem früheren Aussterben des Herzogshauses den Anschluß der Herzogtümer Coburg und Gotha an einen anderen thronregierenden Staat wünschen, um der Kleinstaaterei entgegenzuwirken.

Die Kriegsanleihe im Kino. Für die neue Kriegsanleihe sind unter Mitwirkung hervorragender künstlerischer und finanzwissenschaftlicher Kräfte durch den kaiserlich-deutschen Filmvertrieb (H. Winkler) verschiedene Filme aufgenommen worden, deren Aufführung in allen deutschen Kinohäusern erfolgen soll.

## Letzte Nachrichten.

### Um Belgiens Neutralität.

Stockholm, 10. März. Der französische Korrespondent von „Dagens Nyheter“ hat in Le Havre ein Gespräch mit dem belgischen Minister des Auswärtigen über die Angaben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Februar betreffend das belgisch-englische Bündnis gehabt. Baron Beyens erklärte, die sogenannten neuen Aktenstücke seien nichts anderes als Beilagen zu dem längst bekannten Bericht des belgischen Generalstabschefs Ducarnes, die man erst jetzt veröffentlichte, um die Neutralität wieder auf die ganze Angelegenheit aufmerksam zu machen. Die ganzen Verhandlungen zwischen dem englischen Militärattaché in Brüssel, Barnardiston, und dem General Ducarnes erklärten sich aus der Furcht vor einem plötzlichen deutschen Einfall in Belgien. Man habe nur für den Fall einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland vorbereitet zu wollen. Die wahre Absicht der Deutschen mit der Fabel von dem heimlichen englisch-belgischen Bündnis sei, auf die Friedensbedingungen vorzubereiten, die Belgien nur eine illusorische Freiheit lassen sollten. Man wolle die vangermanische Eroberungspolitik hinter einem einfachen Programm von neuen Garantien verdecken, die die Sicherheit des Deutschen Reiches fordere. Die jetzigen Behauptungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ widerträgen den früheren Versuchen desselben Organs, den Neutralen zu beweisen, daß, während der Dreimächteverband einen Angriffskrieg gegen Deutschland vorbereitet habe, die belgische Diplomatie von 1905 bis 1914 der Meinung gewesen sei, Frankreich und England seien viel mehr zu fürchten als Deutschland.

König des B. L. B.: Von einem englisch-belgischen „Bündnis“ ist deutscherseits niemals die Rede gewesen, sondern nur von einer Verletzung ihrer Neutralitätspflichten durch die belgische Regierung. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihren Veröffentlichungen einmal festgestellt, daß Belgien im Verein mit England Vorkehrungen gegen die Möglichkeit eines deutschen Einfalls getroffen und dann, daß es gegen die ihm von England und Frankreich drohenden Gefahren nichts getan hat. Beide Feststellungen stehen nicht miteinander im Widerspruch, sondern ergänzen in logischer Weise das Bild von dem neutralitätswidrigen Verhalten der belgischen Regierung. Gerade Baron Beyens ist durch seinen bekannten Bericht vom 24. April 1914 ein klassischer Zeuge dafür, daß sich Belgien der englisch-französischen Gefahr wohl bewußt gewesen ist.

### Einschränkung der ungarischen Zeitungen.

Budapest, 10. März. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung über die Einschränkung des Zeitungspapierverbrauches. Demnach wird die Sonntagsruhe für die Zeitungen wieder hergestellt. Während der Dauer der Verordnung darf kein neues periodisches Blatt, welches auf Zeitungspapier gedruckt wird, erscheinen. Die Verordnung stellt den täglichen Umfang der periodischen Blätter je nach dem Abonnementpreis fest. Sie tritt am 11. März 1917 in Kraft.

Die durch den Wegfall der Montagsnummer eingetretene Einkommensverminderung der technischen Arbeiter ist vom Unternehmer zu ersetzen.

### Northcliffe Hand in Hand mit Morgan.

Amsterdam, 10. März. (B. L. B.) Lord Northcliffes Zeitungstrust hat mit acht größeren Zeitungen in den Vereinigten Staaten ein Interessensverhältnis abgeschlossen, welches bei der englischen und amerikanischen Regierung Entgegenkommen findet. Unter dem Protektorst Morgan hat sich ein politischer Klub gebildet, der die von diesem Teile der englisch-amerikanischen Presse vertretene Politik in allen Staaten Amerikas verbreiten will.

### Das hungernde Rußland.

Petersburg, 10. März. (Z. U.) In der letzten Zeit ist es in Petersburg namentlich in den Vorstädten, wo die Armeere Bevölkerung wohnt, mehrfach zu Hungermärschen gekommen. Am Dienstag, so wird der „Times“ gemeldet, begann sich die Armeere Bevölkerung, vor allem Frauen, zusammenscharen und zog durch die Stadt nach Dost. Der Kommandant von Petersburg, General Abalakov, hat gestern, um die Bevölkerung zu beruhigen, bekanntgegeben, daß das Quantum Mehl, welches den Bäckereien bisher zugewiesen worden sei, nicht herabgesetzt werden werde. Er ersuchte jedoch dringend, nur die unbedingt notwendigen Brotmengen zu kaufen. Er versicherte der Bevölkerung, daß die Mehlzufuhr geregelt stattfinden werde.

In der Duma fand eine längere Debatte über die Kriegsmittelkrise statt. Der Landwirtschaftsminister wehrte sich heftig gegen die Beschuldigungen der Unfähigkeit. Die heutigen Maßnahmen seien die Folge der verkehrten Maßnahmen der vorigen Beamten, erklärte er.

# Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

## Gehaltsaufbesserungen für die Privatangestellten

im Einklang mit der Lebensveränderung fordert eine Eingabe von 23 Reichsverbänden der Privatangestellten aus Handel und Leicht-, Bureau- und Versicherungswesen, Kunst- und Bühnenwelt mit rund 600 000 Mitgliedern unter Führung der Gesellschaft für Soziale Reform. Die Eingabe richtet an alle öffentlichen Stellen die bringende Bitte:

1. Bei Vergebung von Aufträgen des Staates, der Militärbehörden und der Gemeinden den Unternehmern durch Vertragskauf anzufragen, daß den kaufmännischen, technischen Bureau- und sonstigen Angestellten Teuerungszulagen von mindestens 25 Prozent auf die zuletzt gezahlten Gehälter gewährt werden;
2. bei der Feststellung dessen, was als angemessene Gehaltszahlung gegenwärtig zu gelten hat, die beruflichen Fachverbände der Angestellten neben den Vertretungen der Unternehmer gütlich zu hören.

Die ausführliche, mit reichem statistischem Erhebungsstoff gespielte Begründung weist nach, wie gerade die Privatangestellten von der Teuerung am härtesten getroffen sind und Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit bei dem Mißverhältnis von Einkommen und Lebensunterhaltskosten auf die Dauer bedenklich leiden müssen. Da unter der Wirkung der militärischen Befehle der organisierten Selbsthilfe der Angestellten enge Grenzen gezogen sind, andererseits die Unternehmer meist die vielfachen Bitten und Mahnungen um Teuerungszulagen nicht beachten, so ist es dringend nötig, daß die staatlichen und kommunalen Behörden bei Vergebung von Aufträgen auf die Unternehmer zugunsten der Angestellten, die oft hinter den Arbeitern zurückbleiben, einwirken.

## Textilarbeiterfürsorge und Lebensmittelversorgung in Sachsen.

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Jödel fand in Dresden eine Konferenz der Textilarbeiter, Schneider und Putzmacher statt, um darüber zu beraten: 1. Was können wir tun, um die Mängel in der Textilarbeiterfürsorge Sachens abzustellen? 2. Was ist zu tun, um den berechtigten Beschwerden der sächsischen Textilarbeiter in der Ernährung abzuwehren. Zu der ersten Frage führte Reichstagsabgeordneter Jödel aus, seit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes haben einige Behörden die Auffassung, daß damit die Fürsorge für die arbeitslosen Textilarbeiter hinfällig geworden sei. Verschiedene sächsische Arbeitslosenvereine hätten diesbezügliche Verfügungen erlassen. Bei sechs und sogar bei fünfjähriger Arbeitszeit solle überhaupt keine Unterstützung mehr gewährt werden. Dadurch würden die Arbeiter sehr geschädigt, da nicht berücksichtigt würde, daß auch bei voller Arbeitszeit der Verdienst durch Warten, schlechtes Material, Arbeiten auf nur einem Stuhle sehr beeinträchtigt würde. Nach längerer Aussprache wurden folgende Forderungen angenommen: 1. Alle Gewerkschaften in Sachsen sind zu ersuchen, welche Mängel durch die neuerliche Anwendung der Textilarbeiterfürsorge für die Arbeiter eingetreten sind. 2. Es wird eine Eingabe an das Ministerium gemacht, in der die Beschwerden genannt werden, Abhilfe gewünscht und eine Sitzung des Landesausschusses zur Erörterung der Lage gefordert wird. 3. In den Bezirken, in denen besonders große Mängel zutage treten, haben die Verbände dafür zu sorgen, daß durch die Organisation von Abwehrmaßnahmen den Arbeitern hilfreich zur Seite gestanden wird. Die zuständigen Behörden sind durch Eingaben in Kenntnis zu setzen und um Hilfe zu ersuchen. 4. Als zu Recht bestehend ist die Einstellung von Unternehmern nur dann anzusehen, wenn der Verdienst das Auskommen des bisher Unterstützten gewährleistet. Die Behörden sind anzuweisen, daß Sorge für die Arbeiter um Verbesserung der Löhne zu unternehmen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung bezeichnete der Redner es als ein Unrecht, daß die Textilarbeiter, Schneider und Putzmacher zu den Leichtarbeitern gezählt würden. Sie würden dadurch in der Ernährung sehr geschädigt, da sie von den

Zulagen ausgeschlossen seien. Die Arbeit in den Textilbetrieben sei gar nicht leicht und erfordere manchen großen Kraftanstrengung. Es müsse verlangt werden, daß die Textilarbeiter usw. zu den Schwerarbeitern gezählt würden. Nach erfolgter Aussprache wurde beschlossen, eine Eingabe an die zuständigen Instanzen zu machen, damit die Textilarbeiter usw. zu den Schwerarbeitern gezählt würden. Diese Eingabe soll unterstützt werden durch eingehende Gutachten verschiedener Sachverständigen.

Bei einer weiteren Aussprache über die bisherigen Wirksamkeit des Hilfsdienstgesetzes führte Reichstagsabgeordneter Jödel aus, daß in zwei bis drei Monaten die Stilllegung der Betriebe erfolgen werde. Es habe sich herausgestellt, daß die Kriegsindustrie nicht so viele Arbeiter brauche, wie vorher angenommen worden sei. Die Arbeiterinnen sollten deshalb der Landwirtschaft zugewiesen werden. Da müßten die Organisationen beachtet sein, Bedingungen zu schaffen, um das Interesse der Arbeiterinnen wahrzunehmen. Schließlich wurde noch auf die Wichtigkeit der Wahl der Arbeiterausschüsse hingewiesen und daß auch die Arbeiterinnen das aktive und passive Wahlrecht hätten. Es müsse alles geschehen, um die Rechtsgarantien des Hilfsdienstgesetzes voll auszunutzen.

## Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft (Luz-Gesellschaft) weilt mit dem Heberweg ihrer Gewinne nicht wohnen und hat daher einen besonderen Weg gewählt, um ihren Aktionären ein Sondergeschenk zu machen. Von je 5 Stammaktien soll eine in eine Stammaktie Lit. C umgewandelt werden. Auf diese Aktie Lit. C werden 3000 M. ausgeschüttet. Dagegen wird diese neue Aktienart beim Dividendenbezug für die nächsten zehn Jahre beschränkt. Alle Aktien erhalten aus dem Gewinn zunächst 5 Proz. Hierauf sind die nicht umgewandelten Stammaktien bis zu 25 Proz. allein dividendenberechtigt. Vertreten die Gesellschaft höhere Dividenden als 25 Proz., was als unvorhersehbar bezeichnet wird, so steht bezüglich des Mehr jede umgewandelte Stammaktie jeder nicht umgewandelten Stammaktie gleich. Durch diese Regelung wird die Gesellschaft einerseits ihre aufgebauten Schätze zugunsten der Aktionäre los und hat den Vorteil, in den nächsten schwierigen Kriegsjahren nur auf einen kleineren Teil der Aktien volle Dividende verteilen zu müssen. Sollten die Gewinne weiter steigen, so wird die Gesellschaft natürlich durch nichts gebremst, die Dividendenbeschränkung der umgewandelten Stammaktie Lit. C wieder aufzuheben. Gleichzeitig ist auf diese Weise komplizierte wie lange Weise die Neuausgabe junger Aktien zu niedrigem Kurse umgangen, welcher Weg gewöhnlich gewählt wird, um den Aktionären neben einer hohen Dividende einen besonderen Anteil an großen Gewinnen prosperierender Gesellschaften zukommen zu lassen. Dieses bisher übliche Mittel wird bekanntlich durch Reichsbank und preussisches Handelsministerium besperrt, weil dadurch ohne innere Notwendigkeit dem Kapital Anlagemöglichkeiten im Wettbewerb mit den Kriegsanleihen geboten werden.

## Soziales.

Kriegsbeschädigte und Gastwirtsgewerbe.

Die Arbeitsgemeinschaft zur Unterbringung der Kriegsbeschädigten im Gastwirtsgewerbe veröffentlicht ihren ersten Bericht. Obwohl sich die Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern derjenigen Gewerbevereinigungen, die an den paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe von Berlin angeschlossen sind, zusammensetzt und damit die Arbeitsgemeinschaft in enge Fühlung mit dem Arbeitsnachweis gelangt, auch ein Beamter dieser Vermittlungsstelle es übernahm, sich besonders der Unterbringung der Kriegsbeschädigten zu widmen, ist das Ergebnis der Tätigkeit doch nur wenig be-

friedigend. Von 78 Kriegsbeschädigten konnten im alten Berufe nur 27 untergebracht werden. Die Beschäftigung im Gastwirtsgewerbe ist körperlich schon infolge der verhältnismäßig langen Arbeitszeit und vielfach auch geistig sehr anstrengend. Verheiratete Kellner, oder überhaupt Bedienungspersonal mit äußerlich sichtbaren Gebrechen werden schon mit Rücksicht auf das Publikum nicht gern beschäftigt. Es war daher von vornherein ins Auge zu fassen, die Kriegsbeschädigten in Stellungen des inneren Dienstes zu bringen. Um die Vermittlungsmöglichkeiten zu vergrößern, hat sich, wie oben schon bemerkt, das Kuratorium mit den Vermittlungsstellen anderer Berufsverbände in Verbindung gesetzt. Diese haben versprochen, unsere Bestrebungen soviel als möglich zu unterstützen, insbesondere auch sich verpflichtet, die Kriegsbeschädigten kostenlos zu vermitteln. Die Ergebnisse sind aber auch hier außerordentlich gering gewesen. Als besonderer Uebelstand wird es im Bericht bezeichnet, daß im Gastwirtsgewerbe noch immer gewerkschaftliche Stellenvermittler bestehen, die aus der Vermittlung von Kriegsbeschädigten geschäftliche Vorteile erzielen. Hierher werden auch die sogenannten „Kasanzenslisten“ gerechnet, durch die gewerkschaftliche Stellenvermittler Kriegsbeschädigte anlocken, um sie zum Teil gegen erhebliche Gebühren zu vermitteln. Es wird als wünschenswert bezeichnet, diesem schädlichen Treiben durch die Behörden Einhalt zu tun.

Familienversicherung und Schulartzfrage.

Der Schularzt darf, wie Dr. Stephani auf der Tagung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene ausführte, nach behördlicher Bestimmung die Schul Kinder nur untersuchen; Behandlung ist ihm untersagt. Die Familienversicherung dagegen soll gerade die Behandlung der erkrankten Kinder sicherstellen, und nicht nur der Schul Kinder, sondern der Kinder aller Altersklassen von der Geburt bis zum Eintritt in das Erwachsenenleben. Den Eltern ist jedoch das Selbstbestimmungsrecht, ob und von wem sie die Kinder behandeln lassen wollen, gewährleistet. Der Schularzt läßt die Eltern der kranken Kinder über das Leben unterrichten und fordert zur Einleitung der ärztlichen Behandlung auf. Die Eltern befolgen jedoch den wohlgemeinten Rat oft nicht. Mit der ärztlichen Feststellung der Krankheit ist dem leidenden Kinde wenig geholfen. Sobald aber das Mutterherz dem Weg weicht, auf welchem ihrem Kinde unter Berücksichtigung ihrer materiellen Lage ärztliche Hilfe zuteil werden kann, dann ist der angestrebte Erfolg, d. h. die Einleitung der ärztlichen Behandlung, in der Regel erreicht. Durch schriftliche Rückfragen oder durch den Besuch der Schulärzter läßt sich auf sämtliche Eltern ein Druck ausüben. Der Schularzt muß mit allen Mitteln die Besserung der kranken Kinder zu erreichen suchen. Soll die Schule ihren unterrichtlichen Zweck erfüllen, so darf der Schularzt an der Behandlung kranker Schulkinder nicht einfach vorbeigehen. Er muß sich besonders bemühen, bei den Kindern die chronischen Zustände, allgemeine Körpererschwäche, Kränklichkeit, Mangel an Mut, hinter welchen so oft die verheerende Tuberkulose lauert, zu bekämpfen. Oft muß die Schule bleibende Fehler hinnehmen, weil es im vorläufigen Alter an ärztlicher Behandlung gefehlt hat. Die gesundheitliche Bewahrung der Kinder vom 1. bis 6. Lebensjahr muß uns ebenso am Herzen liegen, wie wir darauf hinzuwirken suchen, daß die Schulkindern leistungsfähig ins Erwachsenenleben eintraten. Bei dem großen Vorrat an Lebensenergie, den der kindliche Organismus besitzt, können viele und schwere Krankheiten überwunden werden, wenn geeignete ärztliche Hilfe einsetzt. Gerade 3. B. die Tuberkulose zeigt im Kindesalter sehr große Heilungseignung, nur muß sie frühzeitig erkannt und frühzeitig behandelt werden.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß eine sorgfältige ärztliche Versorgung des ganzen Jugendalters erforderlich ist. Die Reichsversicherungsgesetzgebung kennt jedoch nur eine Familienhilfe. Sie sollte daher durch Gesetz eine obligatorische Familienhilfe begründen und überall eingeführt werden.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Temelhof; für den literarischen Teil: Alfred Scholz, Reutlingen; für Illustrationen: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Müller, Temelhof u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

# A. WERTHEIM

## Gardinen

- Gewebte Tüll-Garnituren 2 Schals, 1 Querbehang ..... 20.00 bis 45.00
- Gewebte Tüllvorhänge Stores ..... Stück 6.00 bis 18.00
- Gewebte Halbvordhänge ..... Stück 11.00 bis 27.50
- Erbstüll Halbvordhänge ..... Stück 9.00 bis 35.00
- Erbstüll-Vordhänge (Stores) ..... Stück 12.75 bis 40.00
- Gewebte Scheibengardinen ..... Meter 1.05 bis 2.00
- Gewebte Scheibenschleier ..... Meter 1.50 bis 2.75
- Erbstüll - Scheibenschleier ..... Stück 1.50 bis 4.50

## Bettdecken

- Gewebte Tüll-Bettdecken für 1 Bett ..... Stück 9.25 bis 16.00
- Gewebte Tüll-Bettdecken für 2 Betten ..... Stück 11.00 bis 28.00
- Erbstüll - Bettdecken für 1 Bett ..... Stück 13.00 bis 26.00
- Erbstüll - Bettdecken für 2 Betten ..... Stück 19.00 bis 45.00

## Teppiche und Läufer

Reichhaltige Auswahl in Muster und Größen

- Axminster-Teppiche
- Plüsch-Teppiche
- Bouclé-Teppiche
- Smyrna-Teppiche
- Bettvorlagen
- Kokos-Abtreter
- Bouclé- u. Kokosläuferstoffe verschiedene Breiten und Farben
- Chinesische Matten für Veranden, Hallen, Badezimmer usw.
- Linoleum-Teppiche und Auslegeware
- Chinesische Ziegenfelle gefärbt

**Persische u. türkische Teppiche**  
Große Teppiche / Brücken  
Lange und mittelgroße Teppiche  
Große Auswahl verschiedener Arten

## Dekorationen

für Fenster und Türen, 2 Schals, 1 Querbehang

- Velvet mit Stickerei und Stoffauflage ..... 12.75 bis 47.00
- Kochelleinen mit Tressenbesatz und Kurbelstickerei ..... 14.00 bis 26.00

Rips und Gobelingewebe in großer Auswahl

## Ruhebettdecken

- Phantasiegewebe persisch gemustert ..... 7.75 bis 12.50
- Phantasiegewebe doppel-seitig, rot-blau, rot-grün ..... 24.00 bis 30.00
- Gobelingewebe modern und persisch gemustert ..... 32.50 bis 62.00
- Bedruckter Wollplüsch modern und persisch gemustert ..... 60.00 bis 85.00

## Tischdecken

- Filztuch in rot und olive, mit Stickerei ..... 3.00 bis 10.00
- Kochelleinen mit Stickerei und Stoffauflage ..... 12.50 bis 40.00
- Phantasiegewebe rot-blau gemustert ..... 10.00 bis 20.00
- Mohairplüsch mit gepreßtem Rand ..... 20.00 bis 35.00
- Bedruckter Wollplüsch modern gemustert ..... 18.00 bis 45.00

## Steppdecken

- aus glanzreichem Satin mit Trikol-rückseite ..... 17.00 bis 24.00
- aus glanzreichem Satin, doppel-seitig in allen Farben ..... 22.00 bis 48.00

Eiserne Bettstellen  
Metall-Bettstellen, Feuerboden  
Matratzen und Keilkissen

Balkon- und Garten-Möbel  
Rohr-, Holz- u. Eisenstühle, Tische u. Bänke  
Lampen- und Büstenständer aus Rohrgeflecht



